Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Mgdbg.-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schrotdorferstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 222. **Magdeburg, Freitag, den 22. September 1899.** **10. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Reichstagsersatzwahl in Pirna-Sebnitz.

Ueber den vorläufigen Ausgang des heißen Wahlkampfes und die Agitationsarbeit macht das einzige an der Wahl beteiligte Parteiblatt, die Sächsische Arbeiterzeitung, u. a.: folgende Bemerkungen:

Ein besonderes Merkmal des Wahlganges vom 18. September ist die außerordentlich starke Beteiligung. Um mehr als 2000 Stimmen übertrifft die Nachwahl am 18. September die Hauptwahl im vorigen Jahre. Das ist eine äußerst seltene Erscheinung. Meist bleibt bei Nachwahlen die Beteiligung hinter der bei allgemeinen Wahlen zurück. Eine allgemeine Wahl pflegt tiefer das Volk aufzuregen, weil meist schon längere Zeit vorher eine oder mehrere große Fragen sich in den Vordergrund gedrängt haben. Die vereinzelten Nachwahlen werden durch äußerliche Ursachen, Tod des Abgeordneten, Kassierung einer Wahl herbeigeführt. Sie bilden nicht den Teil eines allgemeinen Volksurteils über große Fragen, wobei es sich darum handelt, ob die frühere Reichstagsmehrheit gefestigt oder gestürzt werden soll. Es handelt sich immer nur um den einen Sitz. Das kann natürlich nicht ein solches Interesse erwecken, wie eine allgemeine Wahl. Es müssen also schon besondere Ursachen wirksam sein, um eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Wahlbeteiligung gerade bei Nachwahlen hervorzurufen.

Zunächst kommt als Erklärungsgrund für die starke Wahlbeteiligung im Pirnaer Kreise die lebhafteste Agitation aller Parteien in Betracht. Dem reaktionären Bunde, der den antisemitischen Mörtelfabrikanten Lotze auf den Schild erhoben hat, kam es darauf an, einen gefährdeten Sitz zu behaupten. Unsere Partei strengte sich an, einen Wahlkreis, den sie von Wahl zu Wahl mit immer wachsender Stimmenzahl bestürmt hat, nun mit einem entscheidenden Ansturm zu erobern. In den Streit dieser Hauptkämpfer mischte sich auch noch die Freisinnige Volkspartei mit ernstlichen Absichten. Der Pirnaer Wahlkreis gehörte früher zu ihren sichersten Wahlkreisen in Sachsen. Erst bei den Wahlen von 1893 verloren sie den Kreis an die Antisemiten. Dieser Schlag war ihnen derart in die Glieder gefahren, daß sie 1898 nur noch zu einem lauen Versuch, den Kreis zurückzuerobern, sich aufraffen konnten. Sie brachten es nur auf die klägliche Zahl von 652 Stimmen. Das war ein Rückgang, wie er wohl kaum wieder in der Geschichte einer Partei zu verzeichnen ist. Um diese Scharte auszuwetzen, haben die Freisinnigen nun die größten Anstrengungen gemacht. Sie stellten als Kandidaten einen Fabrikanten aus Sebnitz auf, der in seinem Heimatsorte großen persönlichen Anhang genießt; ihre Agitatoren zogen von Ort zu Ort, und da sie ungleich der verfehmten Sozialdemokratie überall Versammlungslokale erhalten konnten, als wären sie Ordnungsstützen von gleicher Güte wie die im Reaktionsbunde aufgegangenen Antisemiten, so konnten sie auch in den Wochentagen Versammlungen auf dem Lande abhalten, während wir, auf Versammlungen im Freien beschränkt, dort nur die Sonntage zur Verfügung hatten.

Große Hoffnungen schwellten denn auch die Brust der freisinnigen Agitatoren. Einer derselben hatte prophezeit, daß seine Partei am 18. September eine Null hinter die vorjährigen 653 Stimmen setzen werde. Damit ist es nun allerdings nichts geworden. Hinter den hochgespannten Erwartungen sind die freisinnigen Stimmen weit zurückgeblieben. Die Hoffnung, jemals im Wahlkreise Pirna wieder eine ausschlaggebende Rolle zu spielen, müßte ihnen nach diesen Erfahrungen verflogen sein. Wenn eine Partei es bei den äußersten Anstrengungen in einem kurz vorher von ihr besessenen Wahlkreise noch nicht einmal auf ein Zehntel der abgegebenen Stimmen bringt, so ist das ein Beweis, daß es wirklich aus ist mit der Partei. Die Vermehrung von 1000 Stimmen ist nur ein letztes Aufflackern des erlöschenden Lichts. Zugeben werden das die Freisinnigen zwar nicht. Aber wahr ist es deshalb doch, daß die Mittelparteien im Königreich Sachsen ausgespielt haben. Es gilt hier nur noch ein Hüben und Drüben.

Und damit kommen wir auf die Hauptursache der starken Wahlbeteiligung. Der rein äußerliche Anstoß der kräftigen Agitation von allen Seiten hätte nicht diese Wirkung haben können, wenn er nicht einen Zündstoff der Erregung vorgefunden hätte, den er zur hellen Lohe anfachen konnte. Die Machenschaften der Reaktion nehmen immer drohendere Gestalt an. Die Rede von Oeynhausen tönt den klassenbewußten Arbeitern in die Ohren; sie wissen, daß ein jeder Arbeiter, sobald das Zuchthausgesetz ins Leben tritt, von sich sagen kann: Indem ich einer gewerkschaftlichen Organisanisation beitrete, habe ich das Zuchthaus bereits mit dem Aermel gestreift. Und wie ein furchtbares Schreckgespenst steht ihm das Schicksal der neun Löbtauer Bauarbeiter vor Augen, die bereits vor Geltung eines Zuchthausgesetzes in den lebendigen Tod gestoßen wurden. Das ist wirklich Grund genug für jeden klassenbewußten Arbeiter, daß er alle Muskeln anspannt, um den Siegeswagen der Sozialdemokratie einen Schritt weiter den steilen Pfad bergan zu schieben. Wir alle wissen, es gilt der Reaktion einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Jede Stimme, die Lotze verliert, jede Stimme, die Fräßdorf gewinnt, ist eine Demonstration gegen Zuchthausgesetz und Zuchthauskurs.

Und die Anstrengung ist nicht fruchtlos geblieben. Um etwa 1900 Stimmen hat sich das Zahlenverhältnis zwischen Fräßdorf und Lotze verschoben. Etwas unklar wird dieses Volksurteil aber dadurch, daß überflüssigerweise auf dem Kampfplatze auch der Freisinn erschienen ist, der zwar auch ein Gegner des Zuchthausgesetzes, aber doch nicht ein solcher Todfeind des gesamten Reaktionsklingels ist, wie die Sozialdemokratie. Deshalb ist es ganz gut, daß jetzt der Freisinn ausscheidet und von neuem bei der Stichwahl die Probe gemacht wird auf die Stimmung in der Bevölkerung des Pirnaer Wahlkreises.

Jetzt handelt es sich um eine klare Entscheidung. Als Feinde durchweg stehen sich die kämpfenden Parteien gegenüber: Hier der reaktionäre Mischmasch, der für den Militarismus, für die abenteuerliche Kolonialpolitik, für die Mehrbelastung und Entnervung des Volkes durch Lebensmittelzölle, für die Knechtung der Arbeiter durch den Zuchthauskurs sich ausgesprochen — dort die Sozialdemokratie, die gegen alle diese volksfeindlichen Einrichtungen und Pläne kämpft mit aller Macht, die einzige Volkspartei, die einer besseren, der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Wege ebnen will, indem sie jetzt bereits im Gegenwartsstaate jedwede Knechtung und Ausbeutung bekämpft.

Wird die Bevölkerung des Wahlkreises Pirna sich reif zeigen für unsere Sache? Wir hoffen es. Sie steht vor der Probe. An der Sozialdemokratie wird es nicht fehlen, die Aufklärung hinzuzutragen bis in die fernsten Winkel.

* * *

Die Entwickelung der Parteien im Wahlkreise Pirna-Sebnitz bietet ein so interessantes, weil in allen Industriegegenden typisches Bild der politischen Erhebung der Arbeiterklasse, daß wir nach dem Vorwärts noch einige Zahlenangaben folgen lassen wollen.

Die sozialdemokratische Partei hat sich im 8. sächsischen Reichstags-Wahlkreise schon 1871, als das erste Mal zum deutschen Reichstage gewählt wurde, und seither immer an den Wahlen beteiligt. Bis zum Jahre 1887 wollte es nicht recht vorwärts gehen. Wir erzielten bei der Wahl 1887 nicht viel mehr Stimmen, als 13 Jahre vorher, 1874. Sechzehn Jahre war der Wahlkreis eine Hochburg des Liberalismus; auch die Arbeiterschaft leistete dem Liberalismus bis 1887 zahlreiche Heeresfolge. Von da ab wendet sich die Arbeiterschaft von den immer mehr und mehr sich dem Volksgeist entfremdenden liberalen Wortführern ab. Das Bürgertum geht immer mehr in das reaktionäre Lager über, und die Vertretung der allgemeinen freiheitlichen, und der besonderen Arbeiterinteressen wird von der emporwachsenden politischen Organisation der Arbeiter, der Sozialdemokratie, übernommen.

Bis Mitte der 80er Jahre gab es im Kreise eine ausgesprochene politische — ausgenommen eine einzige örtliche — Organisation überhaupt noch nicht. Ein guter, alter Stamm — ziemlich klein — von Genossen besorgte, so gut es unter dem Sozialistengesetz eben ging, einzig und allein von den zwei Städten Pirna und Sebnitz aus die Agitation im Kreise. Im Jahre 1886 wurde unter unsäglichen Mühen und Erschwernissen der „Volksbildungs-Verein" in Pirna gegründet, welcher als Grundlage für die heute bestehende sehr gute Kreisorganisation gedient hat. In Pirna hat sich im Laufe der Jahre neben der politischen auch die gewerkschaftliche Bewegung rapid entwickelt. Die seit 1888 ganz energisch und systematisch betriebene Organisation des Proletariats findet ihren Ausdruck in den seit der Zeit sprunghaft steigenden Wahlziffern. 1887, als der verstorbene Dresdener Parteigenosse Jakob Peters im Kreise kandidierte, erhielt die Sozialdemokratie nur 1711 Stimmen; 1890 kandidierte Genosse Wurm und erzielte bereits 3922 Stimmen. 1893 schoß im östlichen Sachsen der Antisemitismus empor, er zog gleicherweise konservative und freisinnige Stimmen an sich, aber die Sozialdemokratie wuchs zugleich auf 7989 Stimmen und gelangte zum erstenmale in die Stichwahl, in der sie 9728 Stimmen gegen 12 439 Stimmen der „Reform"-partei aufbrachte. Am 16. Juni 1898 erzielten wir 10 007 Stimmen gegen 11 118 antisemitische. Bei der jetzigen Wahl — in der Zeit der Dresdener Zuchthausurteile und des Reichs-Zuchthauskurses — ist die Sozialdemokratie zur stärksten Partei im Kreise geworden.

Unsere Parteifreunde in den herrlichen Gebieten des sächsischen Sandsteingebirges haben sich trefflich bewährt. Möge die nächste und letzte Etappe des Wahlkampfes den Sieg über die unsaubere Gegnerschaft des antisemitisch-reaktionären Klüngels vollenden! —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In Atemnot windet sich das Berliner Organ der Zuchthausschwärmer ob des Ausfalles der **Nachwahl in Pirna.** Es prustet angstvoll hervor: „Als die Anzahl sozialdemokratischer Mitglieder im sächsischen Landtage bedenklich wurde, da änderte man vor einigen Jahren einfach im Königreich Sachsen das Wahlrecht nach dem Muster des preußischen, so daß nun die Sozialdemokratie bei den teilweisen Erneuerungswahlen allmählich wieder aus der zweiten sächsischen Kammer herausgewählt wird." Die Aussicht, daß in Sachsen als Antwort auf die Behandlung der Arbeiterklasse mehr wie die Hälfte der Reichstagsmandate an die Vertreter der Mißhandelten zu fallen droht, mag den Stümmlingen Herzkrämpfe verursachen. Aber der Glaube an den Staatsstreich bringt ihnen nur geringe Linderung der Not. —

Unsere **Mannheimer Parteigenossen** haben bei den am Mittwoch stattgefundenen **Stadtverordneten-Wahlen** einen glänzenden Sieg errungen. Die von ihnen ausgegebene Liste erhielt **4026** Stimmen, während die Nationalliberalen, verbündet mit dem Mannheimer Centrum, nur 1184 und die Freisinnigen 356 Stimmen mustern konnten. Mannheim ist damit nicht nur in politischer, sondern auch in kommunaler Hinsicht eine Hochburg der Sozialdemokratie geworden. Möchten die im Oktober folgenden badischen Landtagswahlen, soweit sich das ermöglichen läßt, ein ähnlich günstiges Ergebnis liefern! —

Die **Regierungspolitik** hat vollständig **Schiffbruch** gelitten, so heißt es in einem ausführlichen Artikel, den die **nationalliberale** Partei in den „Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei" versendet. „Der Versuch, aus Centrum und Nationalliberalen eine Mehrheit zusammenzubringen, um immer noch einmal über eine Schwierigkeit hinwegzukommen, immer wieder einen Tag von der Hand in den Mund leben zu können, ist vollständig gescheitert. Nicht nur dies: die nationalliberale Fraktion hat alsbald nach dem kritischen 19. August die innere Lage beraten und ist einmütig zu Beschlüssen gekommen, deren taktische Bedeutung darin beruht, daß jener Versuch, soweit es an ihr liegt, jedesmal wieder scheitern soll. Sie lehnt es einmütig ab, die Kommunalwahlreform in Preußen mit dem Kanalbau verquicken zu lassen. So war es schon in der Sache nicht gegeben, daß die Regierung eine Mehrheit aus Centrum und Nationalliberalen vereinigen konnte. Unüberwindlicher Mangel an Vertrauen kam hinzu, er hielt jede der beiden Parteien am letzten Ende davon ab, sich, diesem System zu Gefallen, das am 19. August so völlig zusammengebrochen ist, mit politischen Gegnern zu einer Mehrheit zu vereinigen. Auf der andern Seite war offenbar geworden, wie unter diesem System die in Preußen überlieferten Beziehungen zwischen Regierung und konservativer Partei sich geradezu in nichts aufgelöst hatten. Das Drohen und Warnen in der letzten Stunde konnte natürlich nicht wieder herstellen, was in der langen Zeit eines Jahrzehnts bis auf den Grund verwüstet worden war." Zum Schluß des Artikels heißt es, die Regierung müsse „einer unzweideutigen Auseinandersetzung mit diesen Extremen der Agrarbewegung sich entschließen und namentlich darauf bestehen, daß auch die Konservativen ihre Wahl treffen; entweder das konservative Prinzip in seiner Reinheit wieder herzustellen und von dem Demagogentum in der Agrarbewegung sich reinlich zu scheiden oder die konservativen Fahnen einzuziehen." Die Umkehr der Regierung müsse aber nicht nur eine gründliche, sondern auch eine nachhaltige sein. „Was neun Jahre des unbeständigen Von-der-Hand-in-den-Mund-lebens verfahren haben, wird nicht vom Mittwoch zum Donnerstag wett gemacht." — Die Konservativen haben sich entschieden, wie der unten folgende Artikel „Die Kriegserklärung" beweist. Und die Regierung wird den Konservativen wohl oder übel folgen. Verlassen wird nur wieder der — Liberalismus sein. —

Ueber die **Kulissenschieberei** vor der Entscheidung über die Kanalvorlage weiß die Nationalliberale Korrespondenz, das parteioffizielle Organ, liebliche Kunde zu geben. In einer Beleuchtung der Rolle der Freikonservativen und insbesondere des Zeitungspräsidenten Frhr. v. Zedlitz teilt eine „geschätzte Seite" mit, daß es gerade die drei Abgeordneten Siengel, Gamp und Rewoldt gewesen seien, welche mit un-

erschütterlicher Bestimmtheit in der Kommission allem entgegenarbeiteten, was einer Vereinigungspolitik dienen könnte. „Während dieser Vorgänge war auch Herr von Zedlitz-Neukirch, der von Herrn von Miquel kurz vorher in die durchaus gesicherte Stellung als Präsident der Seehandlung gebracht worden war, nicht müßig geblieben. Sein Leiborgan, die Post, stellte es sich speziell zur Aufgabe, Zwietracht in die aus den westlichen Centrumsmitgliedern und den Nationalliberalen bestehende geschlossene Gruppe der Kanalfreunde zu tragen. War das Kommunalwahlgesetz zu dem Zweck eingebracht worden, um solchen Zwiespalt herbeizuführen, worüber ja die Meinungen noch kontrovers sind, so war der richtige Mann an die richtige und zugleich sichere Stelle gesetzt worden." .... „Durch Aeußerungen von Centrumsführern wurde bald bekannt, daß die Nationalliberalen nur einen Contrecoup gemacht hatten gegen die Anerbietung der Konservativen an das Centrum, welche dahin lautete: Wahlkommunalgesetz nach euren Wünschen unter Ablehnung der Kanalvorlage! Der schlaue, eines Machiavelli würdige Plan, das westliche Centrum von den kanalfreundlichen Nationalliberalen abzudrängen — war also mißglückt. Die freikonservative Aktion aber ging so weiter bis zur letzten Plenarberatung, wo noch einige 30 Mitglieder der Freikonservativen beantragten, im Fall der Ablehnung der Kanalvorlage die Teilstrecke Dortmund-Rhein-Kanal zu bewilligen. Man hielt das nach der ganzen bisherigen Haltung der Freikonservativen für eine Komödie, bis man durch die späteren Ereignisse belehrt wurde, welch' tiefer Sinn in diesem Antrag verborgen lag. Man hatte ruhig als Beamter gegen die ganze Vorlage stimmen können, diese vierte Abstimmung, aus der nach den Erklärungen des Herrn v. Miquel niemand etwas zu machen mußte, war dennoch für die Staatsregierung das Entscheidende. Die 20 seitdem gemaßregelten politischen Beamten entbehrten der Klugheit der Freikonservativen, die es verstanden, die Vorlage abzulehnen, sich dann aber unter den Schutz des Seehandlungspräsidenten und dieses seines Antrags zu stellen. Mit welcher Genugthuung wird der Ministerrat und sein Vorsitzender diese Scheidung der Schafe von den Böcken ausgeführt haben." — So ein Kuhhandel zeitigt doch wundersame Blüten, deren Wert nur ein echtes bürgerliches Gemüt würdigen kann. —

Als neuer vortragender Rat im **Kultusministerium** ist, wie die Kölnische Volks-Zeitung sicher vernommen haben will, der augenblicklich beim Oberpräsidium in Münster beschäftigte Regierungsrat Fleischer berufen worden. Darnach würde also der neue Kultusminister einen Rat aus seiner bisherigen nächsten Umgebung in das Ministerium nachgezogen haben, wie es seiner Zeit auch der Handelsminister v. Berlepsch gethan hat. Die Kölnische Volks-Zeitung aber ist mit der Absicht dieser Berufung durchaus unzufrieden. Sie schreibt nämlich: „Ein Entgegenkommen gegenüber den Parität[illegible]wünschen der preußischen Katholiken bedeutet das jedenfalls nicht. Durch seine Agitation bei politischen und kommunalen Wahlen hat Herr Fleischer sich in Münster in unliebsamer Weise bemerkbar gemacht." Das Centrumsblatt mag sich trösten. Der neue Kultusminister ist noch kirchlicher als sein Vorgänger und wird sich besonders bestrebt zeigen, alle möglichen klerikalen Wünsche zu erfüllen. —

Das **bayerische Centrum** hat, wie schon erwähnt, seine Herbstparade auch diesmal wieder in Tumenhausen abgehalten. Die Stimmung war eine selbstbewußte, da in den Landtagswahlen der störrige Bauernbund in Ober- und Niederbayern niedergeworfen worden war und somit, wie einer der hochwürdigen geistlichen Herren sich ausdrückte, die Lederhose über den Bundschuh triumphiert hatte. Der Hauptredner des Tages war der Abgeordnete Dr. Schädler, und der Hauptteil seiner Ausführungen war eine Kritik der Rede des Kaisers in Straßburg. Nach der Augsburger Abendzeitung sagte er: „Vor wenigen Tagen hat der deutsche Kaiser in Straßburg gesagt, in den heutigen bewegten Zeiten, wo der Geist des Unglaubens durch die Lande zieht, sei der einzige Halt und der alleinige Schutz, den die Kirche habe, die kaiserliche Hand und das Wappenschild des Deutschen Reiches. Wir ehren die entschieden christliche Gesinnung des deutschen Kaisers, wie wir auch mit Dank anerkennen, was er den Katholiken Deutschlands zur Freude gethan mit der Erwerbung der Dormitio in Jerusalem, aber, meine Herren, das täuscht uns nicht hinweg über die nackten Thatsachen und bei aller Verehrung legen wir Verwahrung ein gegenüber dem Worte, daß die kaiserliche Hand und das Wappenschild des Deutschen Reiches der einzige Halt und der alleinige Schutz sei, den die Kirche hat. Die Kirche, als von Gott gegründet, steht nicht unter anderer Hand und anderem Schutz, und die Kirche, die auf fast 2000 Jahre zurückblickt, sie darf ruhig sein, wie sie ruhig war gegenüber Reichen von einem tausendjährigen Bestand, auch gegenüber einem Reich und einem Wappenschild von 26 Jahren. Wäre dieser Gedanke richtig, so müßte ich fragen, was ist aus der Kirche geworden unter dem Wappenschild der römischen Kaiser, und zudem wie wird mit's denn? — ich kenne eine Klasse hoch angesehener deutscher Staatsbürger, die auf dem Schlachtfelde durch ihren Heldenmut sich auch das eiserne Kreuz errungen haben, die haben nicht die kaiserliche Hand und den Schutz des Wappenschildes erfahren, die kennen nicht ruhen unter dem Schatten der Flügel des Adlers, sondern sie haben von die Fänge desselben kennen gelernt und sie müssen gesetzlich jetzt noch außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches weilen. „Friede" weder auf politischem noch auf religiösem Gebiet! Wir sind eine Minderheit im deutschen Reich, aber eine achtungswerte Minderheit." Damit an der Partei, die regieren indem sie sich immer unterwirft, niemand irre wird: es sind nur Worte in Tumenhausen gesprochen worden, leere Worte. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Verhandlungen zwischen den **belgischen** Liberalen, Progressisten und Sozialisten über eine Allianz für die Kommunalwahlen in ganz Belgien sind gescheitert. Nur in Antwerpen ist ein liberal-sozialistisches Bündnis abgeschlossen, dagegen stellen die Oppositionsparteien in Brüssel, Lüttich und Gent getrennte Listen auf, wodurch die klerikalen Minderheiten in den großstädtischen Gemeinderäten voraussichtlich erhalten bleiben. Die Klerikalen jubeln über das Scheitern der antiklerikalen Alliance. —

Der „Attentäter" auf den **serbischen** Milan hat seinem Schutzpatron in letzter Stunde einen bösen Streich gespielt. Er hat in der Verhandlung des sogenannten „Hochverrats-Prozesses" am Mittwoch das Wort ergriffen und feierlich erklärt, daß alle Personen, die auf der Anklagebank sitzen, unschuldig wie das Sonnenlicht seien. In längerer Rede führte er sodann die Gründe an, welche ihn veranlaßt hätten, Unschuldige zu belasten. Er habe geglaubt, sich damit vom Tode zu retten, und daß die von ihm Beschuldigten sich schon würden heraushelfen können. Er sehe, daß alles vergebens sei; er wolle die Beschuldigten nicht unglücklich machen, und er zittere bei dem Gedanken an deren Frauen und Kinder. Das Urteil soll am Freitag gesprochen werden. Trotz des Geständnisses braucht es nicht auf Freisprechung zu lauten. In Serbien ist nichts unmöglich. —

Die **Transvaal**-Krisis schleppt sich weiter. Die britische Regierung soll noch weitere Verhandlungen führen wollen, doch glaubt man allgemein, daß sie nur Zeit zur Fertigstellung der Rüstungen gewinnen wolle. Auch in Australien wird für Südafrika gerüstet. Aus Melbourne wird vom 19. September gemeldet: Der Landesverteidigungs-Minister der Kolonie Viktoria hat angeordnet, daß eine Liste zur Einreihung von Freiwilligen für Südafrika eröffnet werde. Wie der Vossischen Zeitung aus London gemeldet wird, telegraphierte der Vertreter des Dalziel-bureaus in Pretoria: Das Gerücht, die neuen Vorschläge der britischen Regierung würden die Schleifung der Forts und die Entwaffnung der Buren umfassen, habe die größte Entrüstung hervorgerufen. Die Bürger erklären, sie würden lieber sterben, als solche demütigende Bedingungen annehmen, die sie auf den Standpunkt von „weißen Kaffern" herabwürdigen würden. Im Laufe einer Unterredung sagte Staatssekretär Reitz, wenn dieses Gerücht sich bestätigte, wäre der Krieg unvermeidlich. Die Stellung auch nur ähnlicher Bedingungen wäre gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung, die ergehen zu lassen England noch zögert; das Londoner Kabinett wünscht offenbar, das Odium des Kriegsbeginns von sich fernzuhalten. —

Der Kaiser von **China** hat einen Befehl erlassen, nach welchem eine Art Nationalgarde gebildet werden soll. Jeder Mann wird verpflichtet, eine gewisse Zeit in den Reihen des Heeres zu dienen. Im Falle eines Krieges sollen die auf diese Weise gebildeten Truppen als Hilfstruppen verwandt werden. Die Gouverneure sollen ihren Bericht über die Maßnahmen bald einsenden, die sie für Ausführung des Befehls gethan haben. Die armen Kerle werden nicht wissen, was sie anfangen sollen. Der Chinese ist so — barbarisch, im Kriegshandwerk eine verächtliche Beschäftigung zu erblicken; er läßt sich daher nur unter dem Zwange bewegen, zu der Waffe zu greifen, und von der vielgerühmten europäischen „Ehre der Armee" hat er erst recht keine Ahnung. Da wird es nicht so einfach sein, dem Militarismus im Reiche der Mitte Eingang zu verschaffen. —

China hat durch seinen Gesandten lebhaften Protest gegen den Befehl des Generals Otis erhoben, durch welchen die Chinesen von den **Philippinen** ausgeschlossen werden. Dem Vernehmen nach wird in dem Protest erklärt, das Vorgehen des Generals sei völkerrechtswidrig, es verstoße gegen die bestehenden Verträge und mißachte völlig die so lange bewahrte Freundschaft zwischen China und den Vereinigten Staaten. Präsident Mc Kinley wendet der Angelegenheit ernste Aufmerksamkeit zu, da der Charakter des Protestes ihr über die in Betracht kommenden militärischen Fragen hinaus einen internationalen Anstrich giebt. In den Vereinigten Staaten selbst ist die chinesische Einwanderung verboten. Also wird es dabei wohl auch für die Philippinen bleiben, so lange die Amerikaner dort überhaupt Befehle zu erteilen haben. —

Aus Frankreich.

Nach einem Pariser Telegramm ist in Uebereinstimmung mit unserer gestrigen Meldung **Dreyfus** am Mittwoch früh drei Uhr aus dem Militärgefängnis in Rennes **in Freiheit** gesetzt worden. Er hat sofort unbemerkt Rennes verlassen und ist nach Nantes abgereist. Dort traf er früh acht Uhr ein, begleitet von seinem Bruder Matthieu, dem Direktor der Sicherheitspolizei Viguié und einem Polizei-Agenten. In Nantes wußte niemand etwas von der Ankunft. Dreyfus und seine Begleiter bestiegen den 8 Uhr 58 Minuten nach Bordeaux abgehenden Zug und nahmen, um jedes Aufsehen zu vermeiden, in einem Abteil 1. Klasse Platz, in welchem schon mehrere Reisende saßen. Auf der ersten Station stiegen Viguié und der Polizei-Agent aus und ließen Dreyfus und seinen Bruder die Reise allein fortsetzen. Wie man glaubt, haben sie auf irgend einer Zwischenstation den Zug verlassen. Wohin sie sich begeben, weiß man nicht.

An Stimmen der Presse verzeichnen wir die folgenden. Der Figaro schreibt: „Dieser lebenswerte Akt wird zum Gleichgewicht zwischen Frankreich und der übrigen Welt beitragen und auch Frieden unter den verschiedenen Parteien des Landes herbeiführen!" Die Lanterne sagt, das Leiden eines Menschen sei verringert worden, doch habe die Gerechtigkeit keinen Schritt vorwärts gemacht. Das Blatt will erfahren haben, daß Dreyfus sich nach dem Süden Frankreichs begeben und dort seine Rehabilitierung abwarten wird. Die reaktionsfeindlichen Zeitungen Journal, Echo de Paris und Gaulois tadeln die Begnadigung Dreyfus' in der heftigsten Weise. Die Begnadigung sagen sie, komme weder zur rechten Zeit, noch unter den gewünschten Bedingungen. Dreyfus dürfe nicht allein begünstigt, sondern eine Amnestie müsse für alle mit der Dreyfusfrage in Verbindung stehenden Angelegenheiten, auch für die Komplotaffaire, erlassen werden. Und nicht zu vergessen die meineidigen Generale! Der offiziöse Temps schreibt: Die Begnadigung Dreyfus' ist eine Beruhigung. Sie schließt nicht das Suchen nach der Wahrheit ab, auf welche die Angeklagten, die Ankläger und die Geschichte ein Anrecht haben; aber es muß aus diesem Suchen das Gift der Rachsucht und der Geist der Wiedervergeltung entfernt werden. Die Begnadigung wird es ermöglichen, alle diejenigen deutlich zu erkennen, die in der „Affaire" Anlaß suchten, Unruhen zu stiften. Alle Phasen der Angelegenheit, die wir nur durchlaufen haben, zeigten uns, welche Institutionen zu verbessern und welche Mißbräuche abzustellen sind. Aber nichts von alledem kann ausgeführt werden ohne vorherige Beruhigung. Ist erst die Beruhigung geschaffen, werden alle schönen Vorsätze zu Wasser werden. —

Mittwoch nacht wurden energische Maßregeln getroffen, um Guerins Haus in der Rue Chabrol um 4 Uhr früh zu erstürmen. Die bisherige militärische und polizeiliche Wache wurde gegen $2^1/_2$ Uhr durch eine Abteilung berittener republikanischer Garde, zahlreiche Polizeibeamten und Truppen unter dem Befehl des Generals Dalstein verstärkt. Alle in die Rue Chabrol einmündenden Straßen wurden durch eine dreifache Kette von Polizeibeamten und Soldaten abgesperrt. Außerdem wurden 20 Wagen und 200 Geniesoldaten als Reserve in der benachbarten Kaserne „La nouvelle Franc" bereit gestellt. Um 3 Uhr kamen zwei Wagen der Löschmannschaft mit Löschwerkzeugen an.

Inzwischen hatten der Bruder Guerins, Millevoye und mehrere andere Freunde Guerins nachts mit diesem eine Unterredung und suchten ihn zu bewegen, sich ohne weitere Aufforderung zu ergeben. Um 4 Uhr wurde dann die Thür des Hauses in der Rue Chabrol geöffnet. Guerin trat heraus in Begleitung von Millevoye, Lasies und seiner sämtlichen Genossen. Guerin wurde dann sofort am Eingang des Hauses von einem Kapitän der Sicherheitspolizei verhaftet und zu Wagen nach dem Polizeidepot gebracht. Die Genossen Guerins wurden unbehelligt gelassen und begaben sich nach ihren Wohnungen.

Damit ist die Posse der „Belagerung des Forts Chabrol" endlich beendet. Es ist nur nicht zu verstehen, warum die Regierung dieses Ende nicht schon längst herbeigeführt hat. —

In Rennes und Paris herrscht völlige Ruhe. Die Begnadigung Dreyfus' sowie die Aufhebung der Belagerung der Festung in der Rue Chabrol wird natürlich überall lebhaft besprochen. —

Die **antisemitischen Blätter** haben Jahre lang an dem Feuer des **Dreyfus'schen „Landesverrats"** ihre bösen Tränklein gebraut. Nun ist das Feuer verlöscht. Der Verräter ist von der Regierung seines Landes, weil unschuldig, begnadigt worden. Welche Not für das Judenfressertum! Soll es der Wahrheit die Ehre geben? Unmöglich! Also von Lüge zu Lüge, bis das Lügen die Spatzenhirne völlig zerrüttet hat und die bewußte Unwahrhaftigkeit in das Pathologische gerät. Die Staatsbürger-Zeitung will sich durchaus für eine Irrenanstalt reif erweisen: „Nun ist der Dreyfus-Rummel beendet, Dreyfus ist von Loubet begnadigt und hat als Entgelt dafür seine Revision zurückgezogen. So wird der Handel zwischen der Regierung und dem Syndikat abgeschlossen; die Regierung ist aus der Angst heraus, die ihr ein neuer Prozeß mit den schließlich doch unabwendbaren Enthüllungen über die Spionage Dreyfus' mit Rußland verursachten, und die Juden haben ihren geliebten Stammesbruder wieder. Daß die Zurückziehung der Revision von seiten Dreyfus' das offene Eingeständnis seiner Schuld bedeutet, brauchen wir nicht erst zu erörtern. Wenn Dreyfus sich unschuldig fühlte, hätte er diese Ausflucht nie benutzt, hätte auch die Judenwelt diese Blamage nicht zugelassen." Und die Deutsche Tageszeitung, das Centralorgan der Bündler, sucht der wahnsinnsverwandten Staatsbürgerin die Tobsuchtszelle streitig zu machen: „Damit ist denn die Angelegenheit, welche Frankreich in unendliche Wirren gestürzt hat, als erledigt zu betrachten, da Dreyfus seine Revisionsanträge zurückgezogen hat und nunmehr kein Gericht mehr mit der Sache befaßt werden kann. Es ist vorauszusehen, daß die jüdische Presse sich so stellen wird, als ob sie mit dieser Lösung der Dreyfusfrage nicht zufrieden ist und die Berufung für notwendig erachtete. Aber damit würde sie sich dreyfüslicher als Dreyfus selbst und seine Verteidiger gebärden und deshalb keinen Eindruck mehr machen können. Die Agitation ist ihres Zugmittels auf die urteilslosen Massen durch die Begnadigung entkleidet worden. Das Hauptgewicht ist darauf zu legen, daß Dreyfus selbst die Revision zurückgezogen hat. Darin liegt ein Eingeständnis, ein Zeugnis seines Schuldbewußtseins, wie schon der Verzicht Laboris auf eine Verteidigungsrede für jeden denkenden Menschen die Lage der Dinge genügend klarlegte." Eine Irrenheilanstalt thut es für diese Leute nicht; sie sind unheilbar. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— Bekanntlich sollte vor einigen Monaten im „Weißen Hirsch" in der Neuen Neustadt eine Versammlung stattfinden, in welcher der Genosse Paul Jahn-Berlin über **Mittellandkanal und preußische Junkerpolitik** sprechen sollte. Die Versammlung beschloß damals, den Genossen Jahn über dieses Thema in einer späteren Versammlung zu hören. Genosse Jahn hat sich nun bereit erklärt, am Dienstag, den 26. d. M., im „Weißen Hirsch" zu sprechen. —

— Wenn es nach dem patriotischen Flügel im Wahlkreise Aschersleben-Calbe ginge, so würde dem Abg. Schmidt **das Reichstagsmandat thatsächlich aberkannt.** Ueber den vom Schönebecker Tageblatt ausgesprochenen Wunsch hat sich im Kreise eine lebhafte Aussprache entsponnen. In der Bode-Zeitung schreibt ein patriotischer Bürger: „Die Schönebecker haben insofern Recht, als Herr Schmidt bei dem zu erwartenden Urteil seines Reichstagsmandates verlustig erklärt werden kann. Es handelt sich dabei aber keineswegs um den Verlust der Ehrenrechte, auf solchen kann bei politischen Vergehen nicht erkannt werden. Würde also Herr Schmidt seines Amtes als Reichstagsabgeordneter verlustig erklärt, und seine Wiederwahl erfolgte, so wäre er auch wenn er den Pflichten seines Mandats nicht nach-

kommen könnte, rechtlich noch Reichstagsabgeordneter. Die Möglichkeit, daß der Wahlkreis Calbe-Aschersleben vor einer Reichstagsersatzwahl steht, ist also thatsächlich vorhanden, und ausschlaggebend dafür ist das Urteil der Magdeburger Richter. Eine Verurteilung Schmidts ist so ziemlich sicher, ebenso, daß die Strafe in Gefängnis besteht, doch darauf kommt es nicht an, sondern auf die Nebenstrafen." Wie gut doch die Leutchen unterrichtet sind. Sie würden aber noch hoffnungsfreudiger sein, wenn sie Kenntnis von dem neuesten Gang der Dinge hätten. —

— **Die Leipziger Eisengießerei-Besitzer suchen in auswärtigen Blättern tüchtige Former. Sie verbreiten die Notiz, der Formerstreik sei beendet. Das Streikkomitee der Former hingegen erklärt, daß der Streik unverändert fortdauert.** —

— **Wahl der Ersatzmänner zu den Berufsgenossenschaften.** Die Vorstände der Krankenkassen sind zur Neuwahl von Arbeitervertretern bezw. Ersatzmännern zu den Berufsgenossenschaften aufgefordert. Es ist notwendig, daß die Vorsitzenden der Gewerkschaften sich sofort mit den Vorständen ihrer Krankenkassen in Verbindung setzen und dafür sorgen, daß nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die auch wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten. Leider ist das bisher sehr vernachlässigt worden, so daß sehr viele Entscheide der Berufsgenossenschaften bei Unfallansprüchen recht ungünstig für die Arbeiter ausgefallen sind. Es ist keine Zeit zu verlieren, da spätestens zwei Wochen nach Empfang des Schreibens die Stimmzettel ausgefüllt an den Absender zurückzusenden sind. In Magdeburg hat sich bereits eine Versammlung mit der Aufstellung der Kandidaten beschäftigt. —

— **Avis für Krankenkassen.** Der Ausschuß der preußischen Aerztekammern hat an das Kultusministerium eine Denkschrift über die Stellung der Aerzte zu den Krankenkassen gerichtet, worin als grundsätzliche Forderungen die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl und die Bezahlung der ärztlichen Leistungen nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung aufgestellt werden; doch wird, was die zweite Forderung angeht, zugestanden, daß für eine Uebergangszeit besondere Bestimmungen gelten sollen. —

— **Die gewerbliche Fortbildungsschule.** Bekanntlich sind die Verhandlungen wegen Einführung der gewerblichen Fortbildungsschule in unserer Stadt im Frühjahr dieses Jahres gescheitert, so daß von der beabsichtigten Einführung dieser Schule am 1. April d. J. Abstand genommen werden mußte. Die Verhandlungen der Stadt mit dem Ministerium sind unablässig fortgesetzt und wie der Magdeburgischen Zeitung geschrieben wird, jetzt zu einem erfreulichen Abschluß gebracht worden. Der Minister hat sich bereit erklärt, der Stadt zur Unterhaltung der gewerblichen Fortbildungsschule vom Beginn der ortsstatutarischen Schulpflicht ab einen Staatszuschuß in Höhe der Hälfte der durch das Schulgeld und die der Gemeinde obliegenden Vorausleistungen nicht gedeckten Kosten zu gewähren. Es ist danach nunmehr als feststehend zu betrachten, daß die obligatorische gewerbliche Fortbildungsschule neben der bereits bestehenden kaufmännischen Fortbildungsschule am 1. April des Jahres 1900 eingeführt werden wird.

— Von der **Elektrischen** weiß der Generalanzeiger folgendes zu berichten: In Aufregung versetzt wurden am Montag nachmittag die Insassen eines elektrischen Wagens auf der Chaussee zwischen Westfriedhof und Wilhelmstadt. Der Führer eines mit Stroh beladenen Wagens wich trotz wiederholten Klingelns nicht von den Schienen, so daß nur mit knapper Not ein Zusammenstoß vermieden wurde. Die weiblichen Insassen des Straßenbahnwagens gerieten in nicht geringe Aufregung und stießen vor Schreck laute Angstrufe aus. Es ist leider eine nur zu oft beobachtete Thatsache, daß Wagenführer sich der elektrischen Bahn gegenüber in nicht zu verstehender Weise oppositionell zeigen. Es bereitet manchem Kutscher ein seltsames Vergnügen, den Betrieb der Straßenbahn so viel als möglich zu stören. Es wäre darum nur zu wünschen, die Aufsichtsorgane schritten gegen solche Betriebsstörer mit unnachsichtiger Strenge ein. — Wir kennen den Fall nicht näher und enthalten uns deshalb eines Urteils. Nur möchten wir uns gegen die Behauptung wenden, daß die Wagenführer sich der elektrischen Bahn gegenüber „oppositionell" verhalten. Wir bestreiten dies ganz entschieden. Möge hier und da ein Ausnahmefall vorliegen; im Allgemeinen hüten sich die Wagenführer vor Strafe. In den meisten Fällen können aber die Wagenführer nicht ausbiegen, da die Straßen teilweise zu schmal sind. Was soll so ein geplagter Mann anfangen. Will er einem elektrischen Wagen Platz machen und nach links fahren, wenn er rechts nicht ausweichen kann, so läuft er Gefahr, mit einem auf dem anderen Geleise fahrenden Wagen zu kollidieren, oder gar wegen nicht Innehaltung der Fahrordnung angezeigt zu werden. Um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, bleiben eben die Wagenführer auf der rechten Seite und machen der Bahn Platz, sobald rechts Raum hierzu vorhanden ist. Die elektrische Bahn wird in solchen Fällen langsamer fahren müssen. Dadurch werden viel Unzuträglichkeiten beseitigt. Wir halten es für eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen, in so einseitiger Weise die Interessen der elektrischen Bahn zu wahren, wie dies vom Generalanzeiger aus geschieht. —

— **Der ängstliche Hauswirt.** Der Hausbesitzer Gottfried Stettin-Zschokkestraße hatte eine Wohnung zu vermieten. Einem Reflektanten erklärte der Herr Hausbesitzer zunächst, „die Wohnung sei halb und halb vermietet", schließlich war Herr Stettin zur Vermietung bereit, „wenn der Reflektant ½ Jahr Miete, d. h. 35 Thaler voraus zahlen wollte". Natürlich verzichtete Reflektant auf diese unter so absonderlichen Bedingungen angebotene Wohnung. —

— **Vom Hochwasser.** Am Donnerstag ist der Elbstrom wieder gefallen. Mittwoch abend hatten wir einen Pegelstand von 3.90 Mtr. Großen Schaden hat das Hochwasser hier nicht angerichtet. Auf den Wiesen des Rothenhorns steht das Wasser schon seit einigen Tagen, doch sind die Wege mit wenigen Ausnahmen überall frei geblieben, so daß man auf beiden Seiten bis nach dem Restaurant Salzquelle gehen konnte. Ueber die Holzbrücke der Tauben Elbe geht das Wasser nicht hinweg, so daß man von der beabsichtigten Abnahme des Holzgeländes Abstand nehmen konnte. —

Nachrichten aus der Provinz.

Burg. (Aufgelöste Versammlung.) Eine Mittwoch abend im „Hofjäger" tagende öffentliche Versammlung der Zimmerleute wurde durch den dieselbe überwachenden Polizei-Komissar Erdmenger wegen in der Versammlung ausgesprochener angeblicher Beleidigungen von Behörden pp. aufgelöst. —

Naumburg. (Vom Duellblödsinn.) Zwischen dem früheren Oberstlieutenant, jetzigen Betriebsassistenten v. Fuchs aus Schönebeck, früher in Weißenfels, und dem Oberstlieutenant H. Hänsch in Bromberg, hatte in der Nähe von Rödchen bei Weißenfels ein Pistolenduell stattgefunden. Die Bedingungen waren dreimaliger Kugelwechsel bei 15 Schritt Distanz. Der Zweikampf verlief unblutig nach dem zweiten Kugelwechsel fand eine Aussöhnung zwischen den Duellanten statt. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich jetzt deshalb v. Fuchs zu verantworten. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu vier Monaten Festungshaft. —

Sargstedt. (Kindesmord.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gebar ein Polenmädchen außerehelich. Es vergrub das neugeborene Kind in der Aschengrube und ging am Sonntag nach Halberstadt, von wo es erst abends 7 Uhr zurückkehrte. Den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen war das Benehmen des Mädchens verdächtig vorgekommen, sie gruben in der Aschengrube nach und fanden die Leiche. Als die unnatürliche Mutter aus der Stadt zurückkehrte, begab sie sich sofort zur Aschengrube, wo sie verhaftet wurde. —

Suderode. (Gefänglich eingezogen.) In einer Parteiversammlung in Quedlinburg teilte der Vertrauensmann des Ortes mit, daß der wegen Majestätsbeleidigung zu 9 Monat Gefängnis bestrafte Arbeiter Heineke am Freitag morgen um 5 Uhr in seiner Wohnung durch den Gendarm verhaftet sei um die Strafe abzubüßen. Zur Regelung der Unterstützung wählte die Versammlung eine dreigliedrige Kommission. —

Zerbst. (Selbstmord.) Am letzten Sonnabend erhängte sich nach kurzem Streite mit seiner Ehefrau der Schriftsetzer August Schulze; derselbe stand im 41. Lebensjahre und hinterläßt Frau und zwei Kinder. —

Zu einer **Empfangsfeierlichkeit** für das zum 1. Oktober in Halle a. S. einziehende Feldartillerie-Regiment Nr. 75 verlangte in der letzten geheimen Stadtverordneten-Sitzung der Magistrat 4000 Mark aus dem Steuersäckel. Die Sache ging auch einigen liberalen Stadtvertretern gegen den Strich, obgleich sie gegen das Errichten von Ehrenpforten 2c. nichts einzuwenden hatten. Der Kommerzienrat Bethcke versuchte, die Forderung mit patriotischen Worten zu begründen und meinte schließlich, als seitens unserer Genossen Krüger und Albrecht ganz entschieden gegen die Bewilligung protestiert und darauf hingewiesen wurde, daß, wenn die Herren ein Festessen haben wollen, sie dasselbe selbst bezahlen mögen, daß dann der Charakter der Feier verloren ginge! Unsere Genossen verwiesen auf die Streichungen im Armenetat und auf das hiesige schlechte Straßenpflaster, das in dem Spezialitäten-Theater häufig verspottet werde. Der bevorstehende Winter werde für manche arme Familie Arbeitslosigkeit und trocken Brot bringen. Hier könnte man mit dem Gelde viel besser eingreifen. Durch Schlußantrag wurde der Opposition das Wort abgeschnitten und dann wurden die 4000 Mark gegen einige Stimmen bewilligt. Obgleich in der geheimen Sitzung noch extra Geheimhaltung über die Angelegenheit beschlossen wurde, unterhielten sich die Spießbürger schon am anderen Morgen darüber beim Frühschoppen. — Die Halleschen bürgerlichen Blätter, die ganze Spalten übrig haben, wenn es gilt, die Interessen der Hausbesitzer zu vertreten oder patriotische Feste zu verherrlichen, schweigen sich natürlich aus über den ungeheuerlichen Beschluß der Stadtverordneten. So bedient die Hallesche Bürgerpresse die Bürger! Schmiegen und Ducken unter ihre Brotgeber; verschweigen und verleugnen von Thatsachen, die auch den Gleichgültigsten aufrütteln müssen — weil sie zu feig sind, Farbe zu bekennen! Das sind die charakteristischen Kennzeichen der „anständigen" bürgerlichen Presse in Halle und anderwärts. Pfui Deibel! —

Die Schuhfabrikanten Tack u. Co. verbieten ihren Arbeitern die Beteiligung an den Gewerkschaften.

Nachrichten aus dem Reiche.

Großhermenau (Kr. Mohrungen). (Erschossen.) Hier wurden der Schmiedegeselle Will und der Vorarbeiter Lingner nach einem Streit von dem Gymnastiker Strauß aus Wormditt erschossen, als sie diesen gewaltsam aus dem Wirtshaus brachten. Will erhielt einen Schuß in die rechte Seite, Lingner einen ins Herz. Der Mörder ist verhaftet. —

Leipzig. (Vergiftet.) Vergiftet hat sich in ihrer Wohnung in Connewitz die 37jährige Ehefrau eines Beamten. Die Frau beging die That wegen körperlicher Leiden. —

Rixdorf. (Drei Personen schwer verletzt.) In der Farbenfabrik von Naese fand eine folgenschwere Benzin-Explosion statt. Das Gebäude stürzte ein, 3 Personen wurden schwer, etwa 10 leicht verletzt. Man vermutet, ein entlassenes Dienstmädchen habe die Explosion aus Rache veranlaßt. —

Vom Hochwasser. Mehrere Unfälle, die durch das Hochwasser verschuldet sind, werden aus den letzten Tagen gemeldet. Bei Berchtesgaden ist an der Ramsauer Straße, bei der sogenannten Rosenleiten, ein Bergsturz niedergegangen und hat nicht nur die ganze Straße überschüttet, die dadurch unpassierbar ist, sondern auch die Ache gestaut, so daß sie ihre Ufer überschritt. Die Feuerwehr in Stärke von 20 Mann, unter Führung des Bezirksamtmanns, rückte zu den Rettungsarbeiten aus, geriet aber, da der Fluß einen neuen Lauf bildete und sie vom Ufer abschnitt, in Lebensgefahr, aus der sie sich nur mit Mühe rettete. — Wie aus Gmunden gemeldet wird, ist in Ebensee das Greisenasyl, das durch Hochwasser des Langbaches ganz unterwaschen war, eingestürzt, als italienische Arbeiter die Stützung des Gebäudes vornahmen. Drei Arbeiter sind schwer, ein vierter tötlich verletzt worden. — Der Prinzregent von Bayern hat nicht nur 50 000 Mark aus seiner Schatulle für die Ueberschwemmten in Oberbayern gespendet, sondern auch den Neubau der weggeschwemmten Prinzregentenbrücke auf seine Kosten übernommen, was einer Gabe von mehr als 300 000 Mark gleichkommt und den regentlichen Kostenaufwand für die Brücke auf 600 000 Mark erhöht. **So absorbiert das Unglück in Südbayern vom 14. d. M. mehr als das ganze Jahreseinkommen des Prinzregenten, denn der bayerische Regent erhält als solcher 342 857 Mark. — Bei Preßburg ist der Wasserstand der Donau etwas gesunken. Die Magazine der Schiffahrtsgesellschaft der Südbahn wurden vom Wasser weggerissen. Bedrohlich ist die Lage in der Raaber Umgegend. In dem Orte Gyoerszivet fand ein Dammbruch statt, welcher mit äußerster Kraftanstrengung verstopft wurde. Die Ortschaft Szuegy steht unter Wasser. Ueberall hin wurden Bote zur Hilfeleistung entsendet. Bei Goenyoe ist trotz energischen Eingreifens des Militärs und der Bevölkerung der Damm durchbrochen worden; die Wassermasser ergießen sich gegen die Ortschaft Szentivan.** —

Kleine Chronik.

Ein furchtbares Familiendrama hat in Perrecy-les-Forges bei Charolles eine ungeheure Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Der 31jährige Schneidermeister Sevy ermordete in einem Eifersuchtsanfalle mit einer Eisenstange seine 26jährige Frau und seine beiden sieben- bezw. fünfjährigen Söhne. Die Leichname sind furchtbar zugerichtet, die Körper bilden nur noch unkenntliche Klumpen. Der Mörder wurde am nächsten Morgen erhängt aufgefunden. —

Auf dem im Hafen von Konstantinopel liegenden Schiffe „Constantin" explodierte der Kessel. Der Kapitän und vier Mann wurden getötet. —

In Kematen bei Zirl entgleiste von einem aus dem oberen Innthal kommenden Personenzug der vorletzte Wagen. Ein Reisender, der heraussprang wurde getötet; vier Reisende wurden verletzt. Der Getötete soll ein schweizer Viehhändler sein. —

In Hermersdorf brach infolge unvorsichtigen Rauchens ein Feuer aus, bei dem **sechs Personen verbrannten.** —

Aus Stockholm wird berichtet: Aftonbladet hat ein Telegramm von dem Führer des norwegischen Kutters „Martha", Lars Ask, erhalten, nach dem auf der Nordseite der König Karl-Insel eine Ankerboje, gezeichnet „Andrees Polarexpedition", gefunden ist. Hoffen wir, daß diese Nachricht sich bestätigt. —

Ueber ein **schweres Eisenbahnunglück** wird der Vossischen Zeitung aus Kiew gemeldet: Zwischen den Stationen Kotinschany und Nemerczy (russische Südwestbahn) ist Dienstag nacht ein gemischter Zug mit einem Güterzug zusammengestoßen. Die Lokomotiven und elf Wagen des ersteren und sieben Wagen des Güterzugs wurden zertrümmert. Acht Passagiere und ein Oberkondukteur sind tot, drei Schaffner schwer, zwei andere Bahnbedienstete leicht verletzt. —

Vereine, Versammlungen. Vergnügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 23. September, abends 8½ Uhr: Branche der Installateure und Klempner gemeinschaftlich in der Burghalle, Tischlerkrugstr. 28. Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstraße 1. — Sonntag, den 24. September, abends 7 Uhr: Bezirk Olvenstedt im Lokale des Herrn August Schinke in Olvenstedt. — In Bezug auf die Besichtigung der städtischen Hafenanlagen am Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr, bemerken wir: Die Teilnehmer versammeln sich zum gemeinschaftlichen Abgang wie folgt: Sudenburg bei Königstedt um 8½ Uhr; Buckau im Thalia um 8½ Uhr; Wilhelmstadt im Luisenpark um 8½ Uhr; Neue Neustadt bei Kellner in der Leopoldstraße um 8¾ Uhr. Da an diesem Vormittag viele Kollegen in Magdeburg sind, so ist für Magdeburg der Sammelpunkt in der Burghalle, Tischlerkrugstraße 28, um 9 Uhr festgesetzt. Um 9½ Uhr treffen sich alle Teilnehmer bei Stiller, Restaurant zum Schoppen, Rogätzerstraße 73. Für Neue Neustadt fällt die angesetzte Lesestunde aus. Die sonstigen Veranstaltungen dürfen nicht leiden. Deswegen pünktlich. —

Schönebeck und Umgegend. Am Sonnabend, den 23. Sept., abends 8 Uhr, tagt in der „Tonhalle" eine Partei-Versammlung. Der Abg. Alb Schmidt-Magdeburg, von dem die biederen Gegner wünschen, daß ihm neben seiner Verurteilung wegen Beleidigung des Kaisers usw. das Reichstagsmandat aberkannt wird, hält einen Vortrag. Auch sollen wichtige Parteifragen erledigt werden. Die Versammlung beginnt punkt 8 Uhr. —

* * *

Walhalla-Theater.

Wie wir schon kurz hervorhoben, bildet das Auftreten der aus 15 Personen bestehenden **Araber-Truppe Hady Abdullah** eine Glanznummer des gegenwärtigen Programms. Was die in kleidsamer Tracht auftretenden sehnigen Gestalten an Kraftproduktionen leisten, übersteigt alles bisher auf Spezialitätenbühnen Gesehene. Jeder einzelne der Truppe ist ein Meister des Fachs, jeder einzelne zeigt sich in neuen, sonderbaren Sprüngen, und alles klappt, nichts mißlingt. Für Turner und Turnfreunde dürften die sehr exakt aufgebauten Pyramiden größtes Interesse erwecken; u. a. bilden fünf Mann einen Kreis, vier weitere erklimmen flott die Schultern der ersteren, und die zweite Etage wird ebenso flink von drei Personen erstiegen, der Kreis öffnet sich und eine nicht schwankende, sondern sicher dastehende Pyramide, bestehend aus 12 Personen zeigt sich dem Publikum, welches kräftig applaudiert. Unter den Kraftleistungen ragt eine besonders hervor: ein einziger Mann trägt 9 (neun) erwachsene Personen, ohne daß Zeichen der Anstrengung zu sehen sind. — Die beängstigenden Produktionen des Leiter-Equilibristen Mstr. Braazelli finden allabendlich die höchste Bewunderung seitens des Publikums, während das letztere sich im großen und ganzen beim Auftreten des Clowns Fredhoff nicht erwärmen kann. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 18,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—33,00. Linsen 25,00—45,00. Eßkartoffeln 4,50—5,00. Richtstroh 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,08, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,30 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Eßbutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,20—4,00. —

Briefkasten.

Richtigstellung. In dem Berichte über die Sitzung der Gemeindevertreter in Fermersleben muß es heißen: Jahn Mk. 41 580.05.

Am 8. Oktober unwiderruflich letzte Vorstellung.

Cirkus Ed. Wulff.

Freitag, den 22. September, abends 8 Uhr:

Grosse Clown- u. Komiker-Vorstellung

mit einem äußerst lustigen Programm. Zum Schluß:

Aus der Pusta.

Großes hydraulisches Manege-Schaustück in 6 Bildern. Auftreten des gesamten Künstlerpersonals 2c.

Sonnabend, den 23. September, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr: **Zwei große Vorstellungen** mit Aufführung: **„Aus der Pusta".**

Stadt-Theater.

Freitag, den 22. September 1899:
Der Freischütz.
Romantische Oper in 4 Akten von C. M. v. Weber.

Sonnabend, den 23. September 1899:
Unser Doktor.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Leon Trewtow und L. Herrmann.

Sonntag, den 24. September 1899:
Die Zauberflöte.

Zeige allen meinen Freunden und Bekannten hiermit an, daß ich wie im Vorjahre wieder auf der Messe **auf dem alten Stande** ausstehe und empfehle

ff. Reichswürstchen
ff. Saucischen und Jauersche.

Frau Wwe. Keppler 2520
Wurstfabrik mit Dampfbetrieb.

Kaiserstraße 20 **Warenhaus S. Pincus** Kaiserstraße 20

Steingut — Großartiger Gelegenheitskauf! — Seltenes Angebot! — Steingut

Hatte Gelegenheit, einen kolossalen Posten

Steingut

einzukaufen und stelle denselben von **Freitag, den 22. d. Mts.** ab zum Verkauf.

Als ganz besonders preiswert empfehle:

- **Kinderteller, Stück von 2 Pfg. an**
- **Grosse Speiseteller, Stück von 3 Pfg. an**
- **Kaffeetassen, Stück von 3 Pfg. an**
- **Milchtöpfe, Stück von 3 Pfg. an**
- **Spülkumpen, Stück von 4 Pfg. an**

Gewürztonnen, Näpfe in allen Größen, Schüsseln 2c.
ganz fabelhaft billig
so lange der Vorrat reicht.

2583 Vorteilhaftes Angebot für Wiederverkäufer.

Kaiserstraße 20 **Warenhaus S. Pincus** Kaiserstraße 20

Gegründet 1847.
Wilh. Brandt
Schuhwaren 2419
in prima Qualität zu billigen Preisen empfehle in großer Auswahl.
Gärtnerstraße-Ecke.

Posten!

So lange der Vorrat reicht:
hochfeine doppelt gereinigte
Bettfedern u. Daunen
zu staunend billigen Preisen.
Gute daunige Bettfedern
Pfd. von 0.75, 1.00, 1.50 Mk.
Gute weiße Halbdaunen
sehr füllkräftig,
von 2.50, 3.00, 3.50 und 4.00 Mk.
Beste Mandarinendaunen
3 Pfd. genügen zur Decke, nur 2.75 und 4.00 Mk. 2372
Weiße hochfeine Daunen
4.00, 5.00 u. 6.00 Mk.

Fertige Betten

nur in besten federdichten Inletts
v. 15, 18, 22, 25, 30, 40, 45, 50 Mk. usw
Größte Auswahl
in fertig genähten Inletts.
Eisern. Bettstellen u. Matratzen.
Patent-Bettstellen.
Dampfbettfedern-Reinigung.
Erst. böhmisches Bettfedern-Haus
von
Fried. Bischlager
Schwertfegerstraße
4 u. 16. 16 u. 4.

Neu eröffnet!
Großes Lager mußb., birk., kief.
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
eig. Werkstatt) unter Garantie. Trauen d. eig. Gedanm fr. 2559
Fr. Schmidt, Tischlermeister
Buckau, Schönebeckerstr. 16
— schräg gegenüber der Kirche. —

Billig! Billig!
25
Sofas und Diwans
werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.
S. Osswald
Ulrichstraße 14
2565 **I. Etage**
gegenüber der Ulrichskirche.

Globus-Putz-Extrakt

Nur echt mit Schutzmarke: Roter Streifen mit Globus.

mehrfach preisgekrönt
ist das garantiert beste
Metall-Putzmittel
der Gegenwart
und viel besser als Putzpomade!
Jeder Versuch führt zu dauernder Benutzung. 1459
Dosen à 10 und 25 Pfg. überall vorrätig.
Fritz Schulz jun., Leipzig.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von **Sudenburg** die ergebene Mitteilung, daß ich am Sonnabend, den 23. September, **Lemsdorferweg 21** eine

Fleischerei und Schmelzerei

eröffnen werde. Indem ich verspreche, nur gute und reelle Waren zu liefern, bitte ich um gütigen Zuspruch. 754

Hochachtungsvoll
Paul Strobach, Fleischermeister.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anschluß 1409.
Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3½—7½ Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:
Feilenhauer auf englisch, Stellmacher auf Räder, Sattler auf Wagenbau, Schuhmacher, Korbmacher auf geschlagene Arbeit, Bauschlosser, Schmiede, Tischler, Ofensetzer, Maler oder Anstreicher, Drechsler und eine Wirtschafterin.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. **Bei der Hauptwache Nr. 5**
Geöffnet: Männl. Abteilung von 7—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibl. „ „ 9—1 „ „ „ 5—7 „ „
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:
Schlosser, Klempner, Schmiede, 1 Modellschlosser, Möbelschlosser, Tapezierer, Schuhmacher, Kutscher, 1 unverh. herrschaftlicher Diener bei kinderl. Herrn, Haus- und Landknechte, sowie mehrere Lehrlinge.

Weibliche Abteilung:
Stellungsuchende weibliche Personen aller Berufe und Schule für häusliche und gewerbliche Arbeiten.

Oeffentl. Versammlung

der

sozialdemokratisch. Parteigenossen

des Wahlkreises

Neuhaldensleben-Wolmirstedt

am Sonntag, den 24. Septbr., nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Schinke zu Olvenstedt.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Das Erscheinen der Genossen dieses unseres Wahlkreises erwünscht dringend

2574 **Der Kreisvertrauensmann.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaren werden gute Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerstraße 26.

Mein Tapeten- u. Tapezier-Geschäft befindet sich vom 1. Oktober ab **Sudenburgerstraße 26. Bernh. Gleißner.**

Möbel-Einrichtungen
größte Auswahl
in den großen Läden und 5 Möbelspeichern von
J. Mook
jetzt nur
2464 **Jakobsstraße 51**
dicht am Alten Markt.

Wieder eingetroffen:
Der Wahre Jacob.
Nr. 343[19].
Buchhandlung Volksstimme.

Kl. Möbelfuhren werden bill. ausgef. Kaiserstr. 58 H. r. p.

---

2 sehr schöne Bettstell. m. dauerhaft. Matr., 1 nußb. Kleider- u. Pfeilerschrank, Spiegel, 1 nußb. Vertikow, 1 feines Plüsch-, sowie 1 schön. rotbraun. Stoffsofa billig zu verkaufen. **Gr. Junkerstr. 4, II links.**

---

* Größeres **Aquarium** mit Tisch zu verkaufen Friedenstraße 20, vorn, 2 Treppen.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 2 Prozent Rabatt, trotz der äußerst billigen Preise.

Breiteweg 89|90
kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:
Nußbaum und Birken
echte, halbechte und imitierte
Möbel
ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete
Polsterwaren
bei 2465
Georg Mook
Breiteweg 89|90.

Geübte Mäntelnäherin
wird sofort gesucht. 2501
Magd.-Buckau, Feldstr. 61. pt.

Lehrlings-Gesuch.
Gegen monatliche Vergütung **Lehrling** mit guter Schulbildung für Versicherungs-Gesellschaft gesucht. Selbstgeschriebene Meldungen unter **A. Z. 435** befördert **Rudolf Mosse, Magdeburg.** 34

Schuhmachergeselle sofort gesucht.
R. Heide, Alte Neustadt, Hasenstraße 2

Schneiderinnen
für baumw. **Knaben-Anzüge** werden dauernd beschäftigt 2577
Julius Lange, Br. Weg 147.

Schneider 2577
für **Paletots, Joppen, Jacketts,** finden dauernde Arbeit
Julius Lange, Br. Weg 147.

---

* Fast neue **Zither** zu verkaufen.
Leisering, Artilleriestraße 3.

---

* **Frettchen zu verkaufen Alte Neustadt, Moldenstr. 21 bei Behne.**

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Kanarienhähne
kaufe zu erhöhten Preisen vom 28. d. Mts. ab. **Weibchen** nehme fortwährend. Offerten von guten Hähnen im Preise von 4—6 Mk. erbitte schriftlich.
2582 **J. Tischler,** Annastraße 25.

---

* **Möbliertes Zimmer, sep. Eing. Buckau, Feldstraße 60, 1 Tr.**

---

* Frdl. möbl. Zimmer od. Logis z. 1. Okt. Näheres bei W. Knobbe, Schmidtstraße 5.

Walhalla

Jeden Abend:
Abwechselndes
Programm!
2375
Parterre-Saal:
Abends 7 Uhr
Großes
Zigeuner-Konzert.

Luisen-Park.

Sonnabend, den 23. Septbr.:
Prämien-Billard-Spiel.
Lebende Kaninchen, Hühner und Tauben. 2478

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims, Breiteweg 82, 1 Tr.
Freitag: Griessuppe, Prinzeßkartoffeln, deutsches Beefsteak.
Sonnabend: Brühsuppe, Gänseklein, Kartoffelklöße, geschmorte Birnen.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen
Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.
Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.
Sonnabend: Graupensuppe mit Hammelfleisch.

Große und Kinder-Volksküchenmarken sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstützung für Notleidende von 12—2 Uhr in den Volksküchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61 zu haben.

Am 20. d. M. früh 9 Uhr starb nach kurzem, aber schweren Leiden unser lieber Sohn
Friedrich Lehmann
im Alter von 8 Jahren, 9 Monaten.
Mit der Bitte um stilles Beileid zeigen dieses tiefbetrübt an
Friedrich Lehmann.
Hermine Lehmann geb. Riedel.
Sudenburg, Buckauerstr. 8.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 4½ Uhr von der Leichenhalle des neuen Sudenburger Friedhofes aus statt. 755

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 222. Magdeburg, Freitag, den 22. September 1899. 10. Jahrgang.

Die Krankenversicherung im Jahre 1897.

II.

Ew. Interessanter als die auch in der Statistik der deutschen Krankenversicherung zum Ausdruck kommende ökonomische Fluktuation der Kassenmitglieder ist der Nachweis über die Häufigkeit der Erkrankungsfälle sowie über die Dauer der Krankheitstage. Geben diese Thatsachen doch die ganze Schwere und den ganzen Kampf wieder, den der Arbeiter mit dem Würgengel Arbeit und dessen Meister und Herrscher Kapital zu führen hat! —

Und ein schwieriger und aufreibender ist der Kampf, weil noch nicht jede Arbeitsthätigkeit unter das Unfallversicherungsgesetz gestellt ist, nicht die Art, die Natur und der Verlauf der Krankheit maßgebend ist, sondern der Betrieb, in welchem die Krankheit entstanden und ausgebrochen ist und dann auch nur, wenn eine dauernde Berufsstörung oder eine Verkümmerung der früheren Arbeitsthätigkeit zu erwarten steht.

Dazu kommt noch folgendes: Man kann sehr geteilter Ansicht darüber sein, ob die Unterstützungsdauer seitens der Krankenkassen für ihre Mitglieder auszudehnen ist — verbunden ist damit in der Regel und muß es bei dem heutigen finanziellen Stand der Kassen, der durch Rücksichten auf den anzulegenden und bis zu einer gesetzlich bestimmten Höhe zu ergänzenden Reservefonds ein immer trauriger sein wird, eine Benachteiligung des kranken Mitglieds, weil durch die Länge und Erweiterung der Unterstützungsdauer die Höhe des Krankengeldes, der Prozentsatz des täglichen, wirklichen Arbeitsverdienstes auf das Empfindlichste beeinflußt wird. Oder man kann der Ansicht sein, daß es für die Krankenkassen vor allen Dingen darauf ankommt, sofortige, ausgiebige und durch die Kürze des Heilprozesses um so nachhaltiger wirkende Heilung und Unterstützung eintreten zu lassen, während die Krankheiten, die nachweislich in Ausübung der Berufsthätigkeit, infolge von Unfällen, deren Symptome und Veranlassungen entstanden sind, den Unfallberufsgenossen sofort zur Last fielen und die infolge Alter oder Invalidität entstehenden Berufsstörungen und Arbeitsunfähigkeiten sofort den Versicherungsanstalten anheimfielen.

Wie die Dinge heute liegen, werden die ganzen Erkrankungsfälle, unbekümmert um ihre Ursachen und zu ihrem größten Teile und in den meisten Fällen auch unbekümmert um ihre ferneren und später eintretenden Folgen den Krankenkassen aufgehalst. Natürlich ist es Pflicht derselben, darnach zu trachten, daß hier ausgiebige und dauernde Heilung und Unterstützung eintritt. Wir sehen deshalb auch überall das Bestreben, die Auszahlung des Krankengeldes gleich vom Tage oder vom nächsten Tage der Erkrankung eintreten zu lassen; wir sehen das Bestreben, die Höhe und die Dauer des Krankengeldbezuges auszudehnen und zu erweitern; aber die Folgen sind die, daß keine Krankenkasse in eine zweifelsfrei günstige finanzielle Lage kommt und gerade hier, wo einmal die gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen sind und die Höhe des Krankengeldes eine bestimmte Norm erhalten hat, die im günstigsten Falle nicht überschritten werden darf und wo zum andern die Arbeiter ²/₃ der Beiträge aufbringen müssen. —

So sehr also das Bestreben der Krankenkassen ein gutes ist und von den edelsten Motiven geleitet wird hier thatkräftig einzutreten und einzugreifen, meines Erachtens besser wäre es, unsere ganze Versicherung derart zu teilen, daß

1. alle Betriebe dem Unfallversicherungsgesetz unterworfen werden und alle Erkrankungen von den Unfallberufsgenossenschaften sofort zu entschädigen wären, welche einen nachweisbaren Zusammenhang mit der Arbeitsthätigkeit haben; daß
2. alle aus Alter und Invalidität entstandenen Krankheiten sofort den Versicherungsanstalten zur sofortigen und ausschließlichen Heilung und Unterstützung überwiesen werden; und daß
3. alle die Krankheiten, die zurückzuführen sind auf vorübergehende Störungen im menschlichen Organismus, die aber weder eine dauernde Verminderung noch überhaupt eine dauernde Unmöglichkeit der Arbeitsfähigkeit im Gefolge haben, von den Krankenkassen übernommen werden.

So wären meines Erachtens die Krankenkassen im stande und in der Lage ihre Mitglieder fortwährend gesund zu erhalten, soweit das überhaupt mit unsern Kenntnissen und Heilungsmöglichkeiten geschehen kann und soweit es die wirtschaftlichen Zustände zulassen.

Vor allen Dingen müßten überdies die Arten der Krankenversicherung zusammengelegt werden, sodaß wir nur eine Krankenkasse hätten, nicht soviele Spielarten derselben, wie Gemeindeversicherung, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen usw. usw.

Die etwa auftretende und in der Berufsthätigkeit liegende Krankheit richtet sich nicht nach der Krankenversicherungsart, sondern tritt eben auf, wenn die natürliche oder durch die Art der Berufsthätigkeit sich ergebende und hieraus resultierenden Anlässe vorhanden sind. Interessant ist in der Statistik der Krankenversicherung hierüber der Nachweis, daß die Anteilnahme an den Erkrankungsfällen zum Durchschnitt der Mitgliederzahl bei den einzelnen Kassenarten nicht allzu sehr von einander abweicht; und wo sie abweicht, bald übersteigend, bald zurückgehend, ist dies in den Verhältnissen begründet. So fallen auf die Gemeindeversicherung auf je 100 durchschnittlich vorhanden gewesene Mitglieder 25.1 Erkrankungsfälle, bei den Ortskrankenkassen 35.5, bei den Betriebskrankenkassen 42.6, bei den Baukrankenkassen 52.4, bei den Innungskrankenkassen 30.8, während der Prozentsatz bei den eingeschriebenen Hilfskassen 35.0, bei den landesrechtlichen Hilfskassen 30.4 beträgt.

Des ferneren ist der Nachweis interessant, daß gerade die Landesteile und Provinzen, die einen ausgeprägt industriellen Charakter tragen, auch die größte Anteilnahme an den Erkrankungsfällen aufführen mit genauer Unterscheidung der Kassenarten. So zeigen namentlich die Betriebskrankenkassen, namentlich wo die Gewerbeinspektion im argen liegt, den größten Prozentsatz auf, während die Innungskrankenkassen, wenn nicht ganz abnormale Zustände vorliegen, herunter gehen.

Was das Verhältnis der weiblichen Erkrankungsfälle anlangt, ein Verhältnis, das namentlich durch die sich ausdehnende Verwertung der weiblichen Arbeitskraft beeinflußt wird, zum andern auch durch Verbote, daß die weibliche Arbeitskraft für bestimmte Produktionszweige nicht verwendet werden darf — so müssen wir konstatieren, daß bei den Betriebskrankenkassen die Differenz zwischen männlichen und weiblichen Erkrankungsfällen, das Verhältnis auf 100 Mitglieder zu Grunde gelegt, größer ist, bei den Innungskrankenkassen, Baukrankenkassen noch größer als bei den Ortskrankenkassen und der Gemeindeversicherung. Diese Thatsache ist wohl, wie wir oben andeuteten darauf zurückzuführen, daß wirtschaftliche Verhältnisse hier maßgebend sind, bei den Betriebskrankenkassen geregelte Arbeitszeit und Verbote der vollständigen Ausnutzung der Arbeitskraft, bei den Innungskrankenkassen die den Innungen zu Grunde liegende handwerksmäßige Produktionsweise; während bei den Ortskrankenkassen, dem großen Sammelbecken der im Handel und der kleinen Industrie beschäftigten Personen, neben der im Verhältnis zu den Großbetrieben rückständigen Entlohnung eine ausgedehnte, ungeregelte Arbeitszeit und vor allen Dingen das Bestreben hinzutritt, die weibliche Arbeitskraft ausgiebiger zu verwenden.

Daß diese ausgiebigere Verwendung der weiblichen Arbeitskraft ein ökonomischer Schaden an dem National-Vermögen bedeutet, ersehen wir auch aus der Dauer der Erkrankungsfälle, aus den Krankheitstagen. In 99 von 100 Fällen dauerte bei den weiblichen Personen ein Erkrankungsfall länger als bei den männlichen. Bei der Gemeindeversicherung kommen bei den männlichen Mitgliedern auf einen Erkrankungsfall 16.3 Tage, bei den weiblichen 18.3; bei den Ortskrankenkassen auf einen Erkrankungsfall 17.2 männliche, 20.5 weibliche; bei den Betriebskrankenkassen 16.0 männliche, 18.0 weibliche; bei den Baukrankenkassen 16.1 männliche, dagegen 14.7 weibliche; bei den Innungskrankenkassen 16.1 männliche, 22.2 weibliche; bei den freien Hilfskassen 18.6 männliche und 20.1 weibliche, während bei den landesrechtlichen Hilfskassen auf einen Erkrankungsfall bei den männlichen Mitgliedern 20.9, bei den weiblichen dagegen 17.0 Krankheitstage kommen. Für sämtliche Krankenkassen beträgt der Prozentsatz 16.9 Krankheitstage für die männlichen, für die weiblichen dagegen 19.4 Krankheitstage.

Desgleichen sind bei den Ortskrankenkassen und Innungskrankenkassen die weiblichen Mitglieder länger krank als bei den übrigen Kassen; sodaß für alle Kassen auf je 100 durchschnittlich vorhanden gewesene männliche Mitglieder 620.1 Krankheitstage kommen, auf je 100 weibliche dagegen nur 610.5 Krankheitstage.

Vergessen dürfen wir aber hierbei die höchst sonderbare gesetzliche Vorschrift nicht, daß nur diejenigen Erkrankungsfälle und Krankheitstage gezählt werden, für welche Krankengeld, Verpflegungskosten an Krankenvertreter oder Ersatzleistungen an dritte für gewährte Krankenunterstützung gezahlt sind. Erkrankungsfälle, in denen keine Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist, und Krankheitstage, welche innerhalb der statutenmäßigen Karrenzzeit liegen, sind unberücksichtigt geblieben. Also ganz genau ist der Nachweis hierüber zum großen Bedauern nicht zu führen.

Zu bedauern bleibt schließlich eines: wir haben keine Statistik über das Alter der Personen, welche erkrankt sind. Gerade die Schlüsse, die zu machen sind, die Nachweise, die auch aus den Statistiken der einzelnen Kassen zu führen sind, daß uns noch not thut ein durchgreifender Schutz der Arbeit jugendlicher und weiblicher Personen, die Krankenversicherung schweigt sich hierüber aus. Würden aus einer solchen Statistik nicht gerade die Thatsachen zu konstatieren sein, daß die meisten Erkrankungsfälle und die größte Dauer der Krankheitstage auf das früheste Menschenalter fallen und hier die verheerendste Wirkung ausüben? Welch ein unermeßlicher Schaden wird doch der menschlichen, vom Kapital abhängigen Arbeitskraft schon in frühester Jugend zugefügt!

Um auf dem Boden einer bürgerlichen Sozialreform hier vorzugehen, bedürfen wir vor allen Dingen genaue

---

Feuilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(96. Fortsetzung.)

Die arme Tania war krank.

Das tragische Geschick ihres Vaterlandes und ihr eigener Kummer unterminierten diese zarte Organisation und erhielten sie in einem beständigen Fieber.

Sie hatte in einem Zeitungsblatt gelesen und warf es nun schaudernd zu Boden.

Es enthielt die aus allen Teilen Rußlands eintreffenden Nachrichten über die immer trostloser werdende, schier unerträgliche Lage der bäuerlichen Bevölkerung.

Aus den Städten aber kamen kurze, trockene Meldungen von neuen Aufständen und Studenten-Revolten, von der Entdeckung geheimer Druckereien und Verschwörungen und den darauf folgenden Willkürakten der Regierung.

Die Deportation nach Sibirien und alle die Qualen, die sie begleiteten, hatten die Revolutionäre nicht einzuschüchtern vermocht, nun ging der Zarismus in einem Anfall rasender Furcht noch weiter und ihnen direkt ans Leben.

Eben hatte Tania den Bericht über die Strangulierung des neunzehnjährigen Rohorski gelesen, den man gehängt, weil er einem Zweiten die Proklamation des Exekutivkomitees eingehändigt hatte.

Sie warf die Hand über die Augen und ein Seufzer, einem Schluchzen gleich, erschütterte die kranke Brust.

„Wann endlich — wann — wann!“ rief sie und warf sich hin und her in fiebernder Unruhe.

„Die Blüte unserer Jugend, die Besten, die Edelsten fallen diesem Moloch zum Opfer — wann wird es anders — und kommen wir überhaupt in dieser Weise zum Ziele?!“

Und sie grub sich, die dunklen Haare zerwühlend, tiefer in ihr Kissen. Neue Bilder erstanden ihr; weicher wurden ihre Züge unter dem Ausdrucke eines sehnsüchtigen Verlangens.

Sie gedachte des Gatten. . . .

Er lebte noch; sie hatte endlich Nachricht von ihm erhalten.

Er befand sich noch immer in den feuchten Kasematten der Peter-Pauls-Festung und wartete noch immer, wie Michael Karzow und seine Genossen, wie Natalie auch, auf die Wiederaufnahme des Prozesses. Vier Jahre hindurch schmachtete er nun schon in einer Lage, die zum Wahnsinn führt, als ein Lebendiger in einer Totengruft, dem Urteilsspruch entgegen.

Wenn sie daran dachte, und sie mußte ja immer wieder daran denken, dann bohrte sich's auch in ihr Gehirn wie Wahnsinn, und diese nutzlose, ungeheuerliche Grausamkeit, die man über einen armen Menschen verhängte, für dessen Schuld noch keine Beweise erbracht waren, und der in diesem Augenblick vielleicht, seinen Martern erliegend, mit dem Tode kämpfte, ließ sie oft aufschreien vor Wut und Schmerz. Dann resignierte sie sich wieder, der Mensch gewöhnt sich ja an alles; ja, sie konnte scherzen und lachen wie ehedem, aber ihre Brust war wund, und die dunklen Stunden, in denen sie in Haß und Sehnsucht heimliche Projekte nährte, kamen immer häufiger.

Wenn sie sterben sollte, ohne ihren Gatten wieder zu sehen, nutzlos dahin ginge, ohne etwas für die Sache gethan zu haben?

Es dünkte ihr schrecklich, aber nein, so schnell ging's nicht! Sie hatte ein, vielleicht zwei Jahre noch zu leben, eine lange Zeit, und bis dahin —

Sie erhob sich aus ihrer liegenden Stellung, und preßte ihre kleinen Hände über die pochenden Schläfen, als könnte sie damit ihre Unruhe und ihre Gedanken meistern.

Dann lächelte sie, und abgespannt, mit einer gewissen weichlichen Trägheit, ließ sie sich wieder in ihr Kissen zurücksinken.

Nach einer Weile öffnete sich die Thüre und Sofia Alexandrowna trat leise herein.

Wie eine Leuchte ging es von diesem hellen und vornehmen Gesichte aus.

Sie schritt gerade auf Tania zu und fuhr ihr mit der Hand leicht und liebkosend über die Stirne.

„Es ist wunderbar draußen — Du solltest ein wenig ins Freie.“

Tania schüttelte den Kopf.

„Ich bin zu träge und es ist gut hier; dann werden auch bald die Freunde kommen.“

„Ich wundere mich, daß sie noch nicht hier sind.“

Sofia trat zum Fenster und sah hinaus.

Von diesem hochgelegenen Punkt der Vorstadt Oberstraß streifte der Blick ungehindert über die sanft aufsteigenden Matten und das junge Gehölz des Zürichberges.

„Ein herrlicher Nachmittag, kein Wölkchen am Himmel!“ Das klang so heiter, als wäre auch in ihrer Seele alles hell und wolkenlos.

Sie blickte eine Zeit lang aufmerksam gegen die Universitäts-Straße, als erwarte sie, jemand von dort herauf kommen zu sehen, zuckte dann ein wenig mit den Achseln, als begriffe sie nicht, weshalb er so lange zögere und wendete sich wieder der Stube zu.

Es sah wieder einmal recht unordentlich darin aus.

Tania bemerkte so etwas nicht, sie hatte wenig Sinn für das Aeußerliche, und vernachlässigte es vollends, seitdem sie sich leidend fühlte.

Die Lampe mit dem Oelkännchen, die Schuhbürste und Tanias runder Hut — ein Teller mit Zwetschenmus, das sie „Süßes“ nannte, eine gebrauchte Serviette, Stuart Mill und Spencer in abgegriffenen Bänden lagen und standen auf dem Sofatische neben- und aufeinander.

Und darunter Tanias Stiefel, die sie beim Nachhausekommen von den Füßen gestreift und hingeworfen hatte, um ihre Pantoffeln anzuziehen.

Sofia beseitigte das meiste, stellte den Teller mit dem Mus auf das Fensterbrett und ließ nur die Bücher zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Untersuchungen über das Alter der erkrankten Personen, damit zweckentsprechende Gegenmaßregeln ergriffen werden und die menschliche Gesellschaft gesund und leistungsfähig erhalten wird.

Wir bedürfen noch des ferneren eine Befugnis der Krankenkassen zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften sowie die Institution eines aus den Arbeiterkreisen hervorgegangenen Gewerbe- und Fabrikinspektorats.

Die Ergebnisse der Krankenversicherung nach dieser Hinsicht hin bestärken uns in unserem Bestreben, sie erhärten unsere auf durchgreifende Sozialgesetzgebung abzielenden politischen Forderungen. —

Aus der Parteibewegung.

Erörterungen zum Parteitag.

Zwei Versammlungen in Hamburg beschäftigten sich mit den die Partei zur Zeit bewegenden Fragen der Taktik. In der einen Versammlung trat Genosse Adler als Referent den Ansichten Schippels in der Milizfrage und ebenso den Bernsteinschen Anschauungen entgegen, während Genosse Lehne Bernsteins Buch als ein verdienstvolles Werk bezeichnete und ihm in der Genossenschaftsfrage beitrat — Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In der zweiten Versammlung referierte Genosse Frohme, der Bernstein in Schutz nahm, indem er sich auf den Standpunkt stellte, daß zwar über verschiedene Ausführungen Bernsteins zu streiten sei, man aber nicht sagen dürfe, daß Bernstein die Partei in ein bürgerlich-demokratisches Fahrwasser lenken wolle. Ihm traten die Genossen Grünwaldt, Frau Zietz und Stolten entgegen. Stolten trat zwar auch für unbeschränkte Freiheit der Diskussion ein, bezeichnete es aber als unbestreitbar, daß Bernstein den Versuch mache, die theoretischen Grundlagen des Sozialismus umzustoßen und zwar mit der Absicht, der Partei eine andere Taktik zu empfehlen. Im allgemeinen habe sich die Taktik der Partei bewährt. Soweit die Möglichkeit dazu gegeben sei und nicht an unserer rückständigen Gesetzgebung eine Grenze finde, werde die Sozialdemokratie auch die praktische Arbeit noch intensiver zu gestalten suchen, zu einer freundlicheren Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik werde sie sich aber nicht entschließen. Die bewährte Taktik dürfe nicht aufgegeben, der wissenschaftlichen Forschung müsse aber die Bahn freigehalten werden. —

Eine **Parteiversammlung in Königsberg** nahm nach einem Referate des Genossen Haase folgende von diesem vorgeschlagene Resolution an: Die Angriffe gegen die Grundanschauungen und die Taktik der Partei sind verfehlt und deshalb zurückzuweisen. Die Freiheit der Kritik ist jedem Parteigenossen unbedingt zu wahren. In diesem Sinne hat der Delegierte Königsbergs auf dem Parteitage in Hannover seine Stimme abzugeben. —

Wieder Einer von der alten Garde dahingegangen! Sonntag, vormittag 10¼ Uhr, ist im Eppendorfer Krankenhause Genosse **Heinrich Niemann** im Alter von 64 Jahren gestorben. Den meisten im nördlichen Belagerungsgebiet unter dem Sozialistengesetz thätigen Parteimitgliedern dürfte **Hein Petroleum**, so war der nom de guerre des Alten, bekannt geworden sein, aber nicht all zu viele werden wissen, daß er längere Zeit hindurch einen äußerst schwierigen und gefährlichen Posten inne hatte; er besorgte den Transport des Sozialdemokrat für die **rote Feldpost**. Wenn Hein Petroleum in roten Hausschuhen auf der Straße dahinschlenderte, so wußten die Eingeweihten, daß es Arbeit gab, daß wieder eine Ladung der gefährlichen Ware eingetroffen sei und verteilt und versendet werden müsse. Mit einer Gelassenheit und Seelenruhe wie man sie bei wenigen findet, erledigte Niemann seine wichtige Aufgabe; ein verräterisches Wort, ja irgend ein Zufall konnte die Entdeckung des Transportes herbeiführen und dann waren etliche Jahre Gefängnis dem Ertappten sicher. Doch Hein Petroleum kam immer durch, und mit schmunzelndem Behagen wurde oft im Kreise von Vertrauten diese oder jene neue heitere Geschichte erzählt, z. B. von der schottischen Karre und ihrer wertvollen Ladung, die bereits auf einer Polizeiwache war und wieder herausgeholt wurde, ohne daß die Hochwohllöbliche eine Ahnung davon hatte, welch' guten Fang sie hätte machen **können**. Ein gesunder Humor war unserm Genossen Niemann eigen und half ihm über alle Unannehmlichkeiten des Lebens hinweg. Kam er in Begleitung anderer von dieser oder jener Expedition zurück, so stimmte er unfehlbar sein Leiblied an: „Wir sind die Petroleure“; und davon hat er auch seinen Kriegsnamen erhalten. Als das Sozialistengesetz gefallen war, trat Niemann wie so viele andere wackere Kämpfer ruhig als einfacher Soldat in die Reihen zurück. Er war Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Wahlkreis und, bis Krankheit und Schwäche ihn hinderte, ein eifriger Versammlungsbesucher. Jetzt ist sein einfaches Proletarierleben (einfach, und doch reich an mutigen Thaten und treuer Pflichterfüllung) zu Ende. Aber vergessen wollen wir den Braven nicht, der in schwierigster Zeit auf schwierigen Posten sich freiwillig stellte. Ehre seinem Andenken! —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Genosse Schade in Halle soll, so heißt es in einer ihm zugestellten Ladung zur Verhandlung, am 8. März gelegentlich der Beerdigung des Arbeiters Senning aus Trotha einen öffentlichen Aufzug des sozialdemokratischen Vereins von Halle veranstaltet, sowie durch das Tragen eines mit einer roten Schleife versehenen Kranzes die Aufmerksamkeit der Ortsbewohner auf sich gelenkt und am Grabe des Verstorbenen während des Gebets durch auffälliges Hochhalten und „Zeigen“ der erwähnten Schleife öffentliches Aergernis erregt und dadurch **groben Unfug** verübt haben. —

Die Existenzberechtigung der Sozialdemokratie erkennt mit einem anerkennenswerten Mute der Diakonus Liebstern in Leipzig-Volkmarsdorf in einem Artikel im Sächs. evangelischen Kirchenblatt ausdrücklich an. Er beschäftigt sich darin mit den Aufgaben der evangelischen Arbeitervereine und läßt sich u. a. folgendermaßen aus: „Man hat wohl hier und da gedacht, es könnte durch unsere Vereine der Sozialdemokratie der Boden abgegraben werden. Das ist aber eine reine Unmöglichkeit. Selbst wenn wir die reichsten Mittel zur Verfügung hätten, wären wir nicht imstande, die Massen herüberzuziehen. Aber wenn sie auch möglich wäre, würde eine Aufsaugung der Sozialdemokratie gar nicht gut sein. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine starke, einheitliche Sozialdemokratie notwendig als Hort der Freiheit und der sozialen Entwickelung. Darüber kann seit der Wahlrechtsverschlechterung ein Zweifel nicht mehr bestehen, und eine auf Zerstörung der Sozialdemokratie gerichtete Politik der Vereine ist ganz verkehrt. Deswegen gehen wir nicht zur Sozialdemokratie über. Es wäre ein trauriges Zeichen für die deutsche Arbeiterschaft, wenn man alle ihre Glieder über einen Leisten schlagen könnte. Gerade das ist der gesunde Zustand, daß verschiedene geistige Richtungen nebeneinander hergehen. Die sollen sich nicht bekämpfen bis aufs Messer, sondern sollen sich gegenseitig in ihrer Entwicklung fördern. Wir haben schon viel, sehr viel von den Sozialdemokraten gelernt, das kann nur der blindeste Haß leugnen, und sind verpflichtet, auch unsererseits zu geben, was der Sozialdemokratie dienlich ist. Wir sind der Meinung, daß der evangelische Arbeiterverein in der Beeinflussung der Sozialdemokratie sich auf das Religiöse zu beschränken habe. Es thäte zwar not, daß ihren Anhängern auch etwas Liebe und Vertrauen zur staatlichen Ordnung beigebracht werden würde. Aber das steht nicht in unserer Macht. Das mögen die Regierung und ausschlaggebenden Parteien besorgen durch die Erneuerung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und durch weitestgehende Arbeiterfürsorge.“ — Einer Erläuterung bedürfen diese Ausführungen nicht. Herr Liebstern steht hoch über Personen, die bei jeder Gelegenheit in Zusammenkünften der evangelischen Arbeitervereine in allen Tonarten auf die Sozialdemokratie schimpfen. Interessant ist das Geständnis, daß die evangelischen Arbeitervereine keinen Einfluß auf die Sozialdemokratie auszuüben vermögen. Weshalb wurden aber diese Vereine gegründet? Nun, es ist uns oft genug gesagt worden: ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sollten sie sein. Nach Ansicht des Herrn Liebstern haben sie diesen ihren Beruf vollständig verfehlt. —

Bericht des Partei-Vorstandes

an den

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1899 in Hannover.

(Fortsetzung.)

Die gewerkschaftliche Bewegung.

Der andauernd günstige Geschäftsgang in den meisten größeren Industrien und Gewerben hat zur Folge gehabt, daß die gewerkschaftliche Bewegung unter der deutschen Arbeiterschaft einen früher nie gekannten Aufschwung genommen hat. Der allgemeine Gewerkschaftskongreß zu Pfingsten in Frankfurt a. M. und der allgemeine Bauarbeiterkongreß, der wenige Wochen später in Berlin tagte, legten dafür ein glänzendes Zeugnis ab.

Hand in Hand mit der Stärkung der Berufsorganisationen ging das Bestreben, die günstige wirtschaftliche Konjunktur zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu benutzen. Dies gelang meist ohne größere Arbeitseinstellungen, obwohl es auch an solchen nicht fehlte. Die Wut des Unternehmertums darüber, daß die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitern sie zwang, den letzteren etwas günstigere Bedingungen zugestehen zu müssen, reizte sie zu dem stürmischen Begehren, den Arbeitern auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Koalitionsrechts zu erschweren, ja, soweit es angeht, ganz unmöglich zu machen. Im Vordertreffen dieser Agitation stehen der Centralverband der rheinisch-westfälischen Industrie und die meisten Innungsverbände, allen voran der Bund der Baugewerksmeister. Daß diese reaktionäre und arbeiterfeindliche Strömung auf weitestes Entgegenkommen in den maßgebenden Kreisen rechnen kann, dafür zum Beweis konnten wir im vorjährigen Bericht bereits auf den famosen Erlaß des Grafen von Posadowsky vom 11. Dezember 1897 hinweisen, und noch drastischer trat diese Thatsache in der viel erörterten Oeynhausener Rede hervor. Der vorjährige Parteitag hat in einem besonderen Punkt der Tagesordnung Stellung zu jener Rede genommen, nach der jeder mit Zuchthaus bestraft werden sollte, der zu einem „Streik anreizt“. Aber mit dieser Stellungnahme des Parteitages war erst der Anfang einer umfangreichen und ungemein wirksamen Agitation gegen den Versuch, das Koalitionsrecht noch mehr einzuschränken, gemacht. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, seit der Oeynhausener Rede wird die agitatorische und öffentliche Thätigkeit der gesamten deutschen Arbeiterklasse (ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit) beherrscht von der Sorge für das Koalitionsrecht und von dem Bestreben, dasselbe mit allen zulässigen Mitteln zu verteidigen. Wo immer Arbeitervereinigungen sich zu ihren Generalversammlungen zusammenfanden (auch solche, die ausgesprochenermaßen zu dem Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Leben gerufen wurden), überall wurde Widerspruch gegen die angekündigte Zuchthausvorlage erhoben und in entschiedenster Weise gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes protestiert und dessen Erweiterung verlangt.

Diese Einmütigkeit der gesamten Arbeiterklasse, der sich auch ein großer Teil derjenigen bürgerlichen Presse anschloß, die nicht im Solde der Scharfmacher steht, oder, wie die konservativ-liberalen und ultramontanen Organe, ihre Spalten **nur** den Unternehmer-Interessen zur Verfügung stellen, hat zweifellos seine Wirkung nicht verfehlt. Obwohl es in der Oeynhausener Rede heißt, daß das „Gesetz sich seiner Vollendung naht und dasselbe den Volksvertretern noch in **diesem** Jahre zugehen wird,“ fand der am 6. Dezember 1898 zusammentretende Reichstag die Vorlage nicht vor. Das Jahr 1898 ging zu Ende und von dem neuen Jahre verstrich Monat um Monat, ohne daß die Vorlage auf der Tagesordnung erschien. Erst kurz vor Schluß der Session, am 5. Juni, wurde dieselbe eingebracht, nachdem Tags zuvor bereits der Vorwärts, unser Centralorgan, in der Lage war, die Thatsache der Einbringung anzukündigen.

Die Vorlage findet im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion die ihr gebührende Würdigung. Ihr Inhalt zeigt, daß die schlimmsten Befürchtungen der Arbeiter nicht zu schwarz sahen. Es wird mit dem Entwurf nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als die Ausübung des Koalitionsrechtes (bei formalem Fortbestehenlassen desselben) zur Unmöglichkeit zu machen. Der Entwurf bezweckt ein Ausnahmegesetz gegen die industriellen und gewerblichen Arbeiter. Er ist in den Strafbestimmungen noch viel rigoroser als das frühere Sozialistengesetz und unterscheidet sich von diesem auch dadurch, daß er sogar auf das falsche Mäntelchen, nur den „die Staats- und Gesellschaftsordnung gefährdenden Umsturz“ bekämpfen zu wollen, verzichtet, und sich als das giebt, was er ist: ein Ausnahme- und Knebelgesetz gegen die gesamte arbeitende Klasse.

Durch die deutsche Arbeiterschaft ging ein Sturm der Entrüstung, als die Vorlage bekannt wurde. In Tausenden von Versammlungen wurde gegen den in der Vorlage angestrebten Verschlechterung und Unternehmerherrschaft protestiert und in Millionen von Flugblättern die Arbeiter aufgeklärt darüber, welches Attentat gegen ihr wichtigstes Recht und ihre schärfste Waffe im Kampfe um ihre Existenz geplant wird.

Diese Massenagitation ist nicht ohne Rückwirkung auf die Volksvertreter geblieben, wie der Verlauf der ersten Lesung der Vorlage im Reichstage zeigte. Eine vernichtendere Niederlage hat wohl noch keine Vorlage einer deutschen Regierung im Parlamente erlebt, als sie die viertägige Verhandlung des Reichstags über die Arbeitertrutzvorlage brachte.

Der stenographische Bericht über diese Verhandlungen ist vom Parteivorstande in Massenauflage hergestellt und zum Selbstkostenpreise zur Agitation zur Verfügung gestellt worden. Der riesige Absatz der umfangreichen Broschüre beweist, welch großes Interesse den Verhandlungen in Arbeiterkreisen entgegengebracht wurde.

Freilich, das großindustrielle Unternehmertum hat trotz dieser Niederlage den Mut noch nicht verloren. Ist es auch ausgeschlossen, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt Gesetz wird und dürften sich auch besonders für den Zuchthausparagraphen kaum ein halbes Dutzend Stimmen unter den 397 Abgeordneten finden, so hoffen die Scharfmacher doch schließlich etwas von der Vorlage zu retten. Es sind ihre Tintenkulis und Agitatoren deshalb angewiesen, die Agitation für die Vorlage mit ungeschwächten Kräften fortzusetzen.

Bei dem übermächtigen Einfluß, den das Unternehmertum an maßgebenden Stellen ausübt, ist es ihm ein Leichtes, auch die Regierungsmaschienerie für seine Interessen wieder in Bewegung zu setzen, und so kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags der Kampf um den Arbeitertrutz in schärfster Form weiter geführt wird. Die sozialdemokratischen Vertreter werden in diesem neuen Kampf ihren Mann stellen wie bisher. Sache der Parteigenossen im Lande ist es, der Agitation der Scharfmacherpresse gegenüber die Volksmassen aufzuklären und in Bewegung zu bringen. Den schwankenden Abgeordneten der bürgerlichen Parteien darf kein Zweifel darüber bleiben, daß die Stimmabgabe **für** die Arbeitertrutzvorlage gleichbedeutend mit dem Verlust des Mandates bei den nächsten Neuwahlen ist.

Der Geist der Zuchthausvorlage.

Der Geist, der die Zuchthausvorlage geboren und der von der Polizei und vielen Verwaltungsbehörden den Arbeitern gegenüber bei ihren Lohnkämpfen vielfach in der Praxis bethätigt wird, er dringt leider auch mehr und mehr in die **Gerichtssäle** ein. Nicht nur, daß bestehende Strafbestimmungen auf Handlungen angewandt werden, die früher unbestritten als straffrei galten, wobei besonders der Grobeunfugparagraph zu den unglaublichsten Urteilen herhalten muß, es wird auch das Strafmaß in einer früher unbekannten Weise ausgedehnt. Aeußerungen, wie sie im gewöhnlichen Leben alle Tage fallen, ohne daß die Beteiligten etwas Anstößiges daran finden, werden von streikenden Arbeitern sogenannten Streikbrechern gegenüber gethan, als Beleidigungen oder Drohungen im Sinne des § 153 der G.-O. verfolgt und mit Wochen ja Monate langen Gefängnisstrafen belegt. Diese Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen soll dazu dienen, den Terrorismus zurückzudrängen, der von streikenden Arbeitern und deren Führer gegen ihre arbeitslustigen Kollegen geübt wird. In Wirklichkeit ist dieser angebliche Terrorismus, der, wo er geübt, von niemandem verteidigt wird, meist nur Vorwand, erfunden zu dem Zwecke, durch dessen Verfolgung den Arbeitern die Benutzung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes zu verleiden.

Werden an Arbeitern bei Lohnkämpfen schon die unbedeutensten Handlungen, die oft erst durch geschraubteste Auslegungen zu Vergehen gestempelt werden können, mit den höchsten Strafen verfolgt, so wächst das Strafmaß bei ernsteren Ausschreitungen ins Ungeheuerliche. Das zeigte sich besonders bei dem viel erörterten **Löbtauer Aufruhrprozeß**. Bauarbeiter, die gelegentlich eines Richtschmauses etwas stark gezecht hatten, erfuhren, daß auf einem Nachbarbau über die festgesetzte Zeit gearbeitet wurde. Die Leute begaben sich nach diesem Bau, wobei es infolge Streites mit dem Bauherrn zu Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten kam. Die ordnungsparteiliche sächsische Presse machte über den Vorfall ein ungeheures Geschrei und versuchte die sozialdemokratische Partei für denselben verantwortlich zu machen. Obwohl auch nicht der Schein eines Beweises dafür erbracht werden konnte, daß der Krawall mit der Sozialdemokratie in irgend einem Zusammenhang stand (einige der Angeklagten gehörten weder einer politischen noch gewerkschaftlichen Organisation an), so übte die Hetzerei doch ihre Wirkung. Die Dresdener Geschworenen erkannten auf schweren Landfriedensbruch und die Richter erkannten gegen sieben Angeklagte auf Zuchthausstrafen von 6—10 Jahren, insgesamt auf 53 Jahre, und gegen zwei weitere Angeklagte auf je 4 Jahre Gefängnis. Zehn Jahre Zuchthaus wurden dem Hauptangeklagten zuerkannt dafür, daß er als Teilnehmer an einem Komplott dem Bauherrn, der mit einem allerdings blind geladenen Revolver nach den Arbeitern geschossen hatte, Verletzungen beibrachte, die diesen nur wenige Tage ans Bett fesselten, ohne dauernden Schaden zu verursachen.

Dieses furchtbar harte Urteil hat ungeheure Aufregung innerhalb der Arbeiterschaft und darüber hinaus auch in den bürgerlichen Kreisen hervorgerufen, wo humaner Sinn und Gefühl für Gerechtigkeit auch der arbeitenden Klasse gegenüber noch nicht vollständig verloren gegangen ist.

Der Parteivorstand erließ, angesichts des furchtbaren Elends, in das die Angehörigen der Verurteilten versetzt wurden, einen Aufruf zur Sammlung für die Frauen und Kinder derselben. In unserer Presse wurde darauf hingewiesen, daß der Vorgang, wegen dessen das harte Urteil ergangen ist, garnichts mit der Sozialdemokratie wie überhaupt mit der Arbeiterbewegung zu thun habe. Im Gegenteil, gerade dadurch unterscheiden sich die organisierten Arbeiter von jenen, die den Organisationen fern stehen, daß sie wissen, daß mit Krawallen, Putschen und ähnlichen Gewaltmitteln für die Arbeiter nichts zu erzielen ist, und daß solche Vorgänge den Gegnern der Arbeiterbewegung in der Regel nur den willkommenen Vorwand geben, ihrem verhaltenen Groll die Zügel schießen zu lassen.

Wenn trotz des Mangels irgend welchen Zusammenhangs des Krawalls mit der Arbeiterbewegung der Parteivorstand sich zu seinem Aufruf entschloß, so geschah es um der offenkundigen Thatsache willen, daß der Wahrspruch der Geschworenen und das Urteil der Richter sich nicht aus der Schwere des abgeurteilten Thatbestandes erklären lassen. Auch wird das Löbtauer Urteil nur erklärlich im Zusammenhang mit dem gewaltigen Klassenkampf, der zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den modernen Kulturstaaten ausgekämpft wird. In diesem Sinne erscheinen auch die Löbtauer Verurteilten als Opfer des Klassenkampfes und deshalb glaubte der Parteivorstand nur seine Pflicht zu erfüllen, wenn er durch den Aufruf von den Angehörigen der Verurteilten die schlimmsten materiellen Sorgen abzuwenden suchte.

Dieses Ziel ist erreicht worden. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde durch die Sammlung, zu der aus allen Kreisen des In- und Auslandes, sogar auch von aktiven Richtern, Beiträge geliefert wurden, eine Summe aufgebracht, mit der der angestrebte Zweck ausreichend befriedigt werden kann. Am 6. Februar 1899 erfolgte die erste Veröffentlichung des Aufrufs, und schon am 18. März konnte der Parteivorstand die Sammlung für geschlossen erklären. **Achtundachtzigtausendzweihundertundsiebenundvierzig Mark** waren in den fünf Wochen nach der Veröffentlichung des Aufrufs bei dem Parteikassierer eingegangen. Zu dieser Summe kommen noch 16 000 Mark, welche für denselben Zweck gesammelt, aber später eingesandt wurden. Wenn man bedenkt, daß diese Summe zum weitaus größten Teil von armen Arbeitern aufgebracht ist, so stellt die Sammlung dem Opfersinn und Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft ein glänzendes Zeugnis aus. Offiziell hat man der Sammlung insofern Aufmerksamkeit geschenkt, als man die sammelnden Arbeiter oder die Blätter, die den Aufruf abgedruckt hatten, mit Strafbefehlen wegen unerlaubten Kollektierens verfolgte.

Daß das Löbtauer Urteil von unseren Abgeordneten im Reichstag zur Sprache gebracht wurde, war selbstverständlich. Außer dem unvermeidlichen Freiherrn v. Stumm fand sich unter den Abgeordneten kein Verteidiger für dasselbe. Dagegen gab der Vertreter der sächsischen Regierung im Bundesrat (ein Staatsanwalt) die charakteristische Erklärung ab, daß die Hetzer die armen Verführten zwar auf Jahre ins Zuchthaus bringen konnten, daß aber ihr Einfluß nicht soweit reicht, den Verurteilten die Thüren des Zuchthauses auch nur um eine Viertelstunde eher zu öffnen, als es von Rechtswegen zu geschehen hat.

Hier wird also vom Regierungsvertreter indirekt zugegeben, daß bei dem furchtbar harten Urteil die verhaßte sozialdemokratische Bewegung von maßgebenden Einfluß war.

Daß die Rechtsprechung, wie sie in Sachsen vielfach wegen Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung geübt wird, auch in anderen als Arbeiterkreisen die Aufmerksamkeit auf sich zieht, das beweist ein Urteil der vierten Strafkammer des Berliner Landgerichts I, das dieser Gerichtshof unterm 7. Juni d. J. gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Centralorgans Vorwärts gefällt hat. Unser Genosse war angeklagt, in einem Artikel, in dem das Urteil aus Anlaß des Löbtauer Krawalls besprochen wurde, das sächsische Ober-Landesgericht beleidigt zu haben. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

In dem eingehend motivierten Urteil wird u. a. ausgeführt: Der Verfasser des Artikels hat die Thatsache behauptet: das königliche Ober-Landesgericht zu Dresden habe wiederholt Urteile erlassen, durch welche es offen die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei für minderen Rechtes erklärt hätte als andere Staatsbürger und diese Urteile stellten auf Unterdrückung der Sozialdemokratie gerichtete Bestrebungen vor. Daß solche Urteile seitens der Richter des Ober-Landesgerichts zu Dresden etwa wider besseres Wissen gefällt worden seien, daß sonach die genannten Richter sich einer bewußten Rechtsbeugung schuldig gemacht hätten, dieser Vorwurf ist nach Auffassung der erkennenden Strafkammer in jener Behauptung objektiv keineswegs enthalten. Es liegt auch kein Grund zu der Annahme vor, daß der Verfasser oder Verbreiter des Artikels einen solchen Vorwurf gegen die Richter des Dresdener Ober-Landesgerichts hätte erheben wollen. Die nächstliegende und durch den Wortlaut an die Hand gegebene Auslegung ist vielmehr die, daß der Passus besagt, die genannten Richter hätten zwar nach bester Ueberzeugung, aber doch unwillkürlich von ihren politischen Anschauungen beeinflußt, Urteile des behaupteten Inhalts erlassen."

Das Urteil führt weiter aus, daß der Angeklagte sich bereit erklärt habe, den Wahrheitsbeweis durch Berufung auf eine Reihe von Urteilen des sächsischen Ober-Landesgerichts zu Dresden zu führen. Das Gericht trat diesem Antrage bei und in dem Urteile werden nun eine ganze Reihe von Erkenntnissen aufgeführt, die der genannte sächsische Gerichtshof bei verschiedenen Anlässen gefällt hat. Ueber diese Entscheidungen des Ober-Landesgerichtes heißt es in dem Berliner Urteil:

„Durch diese Entscheidung wird also eine an sich erlaubte Aufforderung zur Teilnahme an einer Verrufserklärung schlechthin dann für strafbar erklärt, wenn sie den Versuch enthält, Andersgesinnte zu Gunsten sozialdemokratischer Bestrebungen zu beeinflussen, das heißt mit anderen Worten, wenn die Verrufserklärung von sozialdemokratischer Seite ausgeht.

„Das königliche Ober-Landesgericht zu Dresden hat in einer Reihe von Entscheidungen den Grundsatz ausgesprochen, daß gegen Handlungen, welche von Sozialdemokraten im Parteiinteresse vorgenommen werden, auch wenn die Handlungen an sich nichts Unerlaubtes enthalten, doch im Wege polizeilichen Verbots oder direkter strafrechtlicher Ahndung vorgegangen werden könne, weil solche Handlungen immer dazu dienten, die Ziele einer staatsgefährlichen politischen Partei zu fördern, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung mit verbrecherischen Mitteln umstürzen und welche insbesondere die monarchische Regierungsform mit solchen verbrecherischen Mitteln beseitigen wolle."

Der Berliner Gerichtshof giebt seiner Ueberzeugung Ausdruck daß selbstverständlich nicht im entferntesten daran zu denken sei, daß das Ober-Landesgericht diesen Grundsatz wider besseres Wissen aufgestellt und somit bewußt das Recht gebeugt habe. Ein solcher Vorwurf sei in dem inkriminierten Artikel auch nicht erhoben. „Allein nach der Aufhebung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (mag damit auch keine ausdrückliche staatliche Anerkennung der Sozialdemokratie ausgesprochen worden sein, so wenig wie eine solche auch bezüglich der übrigen politischen Parteien besteht) sind doch ausdrückliche Gesetzesbestimmungen, welche die Lebensäußerungen der sozialdemokratischen Partei im Gegensatz zu anderen politischen Parteien zu etwas Unerlaubtem stempelten, nicht mehr vorhanden, und die gegenwärtig herrschende öffentliche Meinung erhebt deshalb den Anspruch, daß der allgemeine Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz nunmehr uneingeschränkt auch den Anhängern der sozialdemokratischen Partei zu gute kommen müsse. Der Vorwurf, von diesem Grundsatz zum Nachteile der sozialdemokratischen Partei abgewichen zu sein, enthält somit die Behauptung, daß die Richter bei ihren Rechtssprüchen nicht vermocht hätten, sich über ihren politischen Standpunkt zu erheben, und daß sie, unbewußt, auf Kosten höchster richterlicher Objektivität und Unbefangenheit, von ihren politischen Ueberzeugungen sich bei ihren Rechtssprüchen hätten beeinflussen lassen.

„Dies aber ist die Behauptung einer Thatsache, welche geeignet ist, die genannten Richter — wenn auch gewiß nicht verächtlich zu machen, so doch immerhin in der öffentlichen Meinung bis zu einem gewissen Grade herabzuwürdigen.

„Nun besagen aber, wie oben ausgeführt, die wiedergegebenen Entscheidungen in der That, daß die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei bei Gefahr strafrechtlicher Ahndung einer Reihe von Handlungen nicht begehen dürfen, die den Angehörigen anderer Parteien erlaubt seien. Der Erfolg dieser Entscheidungen ist, daß allerdings für die Sozialdemokraten eine rechtlich weniger günstige Lage geschaffen worden ist, als für andere Staatsbürger.

„Zu untersuchen, ob jene Auffassung des Ober-Landesgerichts zu Dresden von dem Wesen und den Zielen der Sozialdemokratie zutrifft und demgemäß zu prüfen, ob die darauf gestützte Rechtsprechung thatsächlich und juristisch haltbar ist, kann selbstverständlich nicht Aufgabe des jetzt erkennenden Gerichtshofes sein. Hier interessierte einzig und allein die Frage: was hat thatsächlich das Ober-Landesgericht zu Dresden auf dem fraglichen Gebiet in seinen Entscheidungen ausgesprochen, und welche Wirkungen üben diese Entscheidungen auf die Rechtslage der sozialdemokratischen Partei aus? Sind aber die Anhänger dieser Partei durch die erörterte Spruchpraxis, in der Bedeutung, welche die erkennende Kammer ihr beimißt, in der That rechtlich ungünstiger gestellt worden als die Anhänger anderer Parteien, und kann es nach den obigen Darstellungen keinem Zweifel begegnen, daß das Ober-Landesgericht zu Dresden in bester Ueberzeugung seines guten Rechts, den Eintritt dieses Erfolges auch beabsichtigt hat, so ist damit der Beweis erbracht: daß das Ober-Landesgericht zu Dresden, wie der inkriminierte Artikel es ausdrückt: die Anhänger der Arbeiterpartei für minderen Rechtes erklärt hat denn andere Staatsbürger, und daß das Ober-Landesgericht zu Dresden an den auf Unterdrückung dieser Partei gerichteten Bestrebungen teilgenommen hat." — —

Daß dieses Urteil, obwohl es nichts ausspricht als eine Praxis feststellt, zu der sich der oberste sächsische Gerichtshof wiederholt bekannt hat, ein wahres Indianergeheul in der arbeiterfeindlichen Presse hervorgerufen, versteht sich am Rande. Die Früchte einer solchen Rechtsprechung lassen sich die Herrn Scharfmacher gern gefallen, aber ihre zutreffende Beleuchtung von autoritativer Stelle trifft sie wie Peitschenhiebe. —

(Fortsetzung folgt.)

Soziale Bewegung.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik von Heymann in Pasing-München haben wegen Lohndifferenzen gekündigt. Die Kündigung läuft am 23. d. Mts. ab. —

Der Streik der Berliner Kohlenarbeiter und -Kutscher ist beendet. Bei 18 Firmen wurden die Forderungen vollständig durchgesetzt. In allen anderen Geschäften wurde eine Lohnzulage von 3 Mark pro Woche, sowie die Bezahlung der Ueberstunden mit 35 Pf., der Sonntagsarbeit mit 40 Pf. pro Stunde erreicht. Die Unternehmer versuchten sich zu rächen, indem sie 80 Mann aussperrten, von denen augenblicklich noch 44 Mann unterstützt werden müssen. —

Ohne Unterbrechung steigt die Zahl der jugendlichen Arbeiter: in Preußen betrug sie in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben 1896: 121 266, 1897: 132 352, 1898: 142 121, sie nahm also in zwei Jahren um 20 855 = 17 Prozent zu. Die meisten männlichen sind in der Metallverarbeitung beschäftigt, 1898 waren es 20 194 neben 4525 weiblichen; die meisten weiblichen in der Textilindustrie, 16 590 neben 11 209 männlichen; dann kommt die Nahrungs- und Genußmittelbranche mit 7685 männlichen und 6807 weiblichen jugendlichen Arbeitern. Die Ursachen dieses Anwachsens sind allgemein bekannt; wo die Maschine die Handarbeit verdrängt, ermöglicht sie in sehr vielen Fällen auch, daß weniger körperliche Kraft als früher zur Herstellung des Fabrikats erforderlich wird, infolgedessen die schwächeren jugendlichen Arbeiter verwendet werden können; auch setzt sie nicht mehr eine große, nur durch lange Uebung zu erwerbende Handfertigkeit voraus, so daß an Stelle des gelernten Erwachsenen der ungelernte Jugendliche treten kann. Da letzterer sich mit noch niedrigeren Löhnen abspeisen läßt, als der Erwachsene, wird er infolgedessen vom Kapitalisten vorgezogen. —

Vergangenen Sonntag wurde im Saale des Schützenhauses in Burgstädt die zweite außerordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse 1 abgehalten, die sich wiederum mit der Frage der Verschmelzung der beiden Ortskrankenkassen zu befassen hatte. Die Abstimmung ergab 48 Stimmen für Verschmelzung. Dem von der Statutenberatungskommission ausgearbeiteten und in mehreren gemeinschaftlichen Sitzungen der beiden Kassenvorstände durchberatenen Statutenentwurf stimmte man nach dessen Verlesung einstimmig zu, so daß für eine gemeinsame Ortskrankenkasse Burgstädts nur noch die behördliche Genehmigung notwendig ist. —

Auf der Jahresversammlung des bayerisch-patriotischen Bauernvereins äußerte Dr. Oerterer über **die Zuchthausvorlage:** „. . . Wir machen die Bemerkung, daß man unter schönen und wohlklingenden Worten, wie Schutz der Arbeitswilligen, eingreifen will in das fast einzige Recht eines großen Teiles unserer Mitbürger, in das Koalitionsrecht und die Koalitionsfreiheit. In so lange die Ringe und Syndikate, wie sie bestehen, das Recht auf Auswucherung haben, so lange werden Sie keinen von uns bereit finden, die Rechte der Arbeiter, ihr Recht auf einen Lebensunterhalt, wie er dem Menschen gebührt, und das Recht der Freiheit, sich zu vereinigen, irgendwie antasten zu lassen, und ich bedaure es auf das Tiefste, daß auch der deutsche Handwerkerbund sich dazu hergegeben hat, der viel mehr Grund hätte, bei sich Einkehr zu halten, damit nicht alles noch mehr vernagelt wird, daß dieser ebenfalls auf dem Wege vorgeht, um vielleicht über das, was in seinem Innern vorgeht, hinwegzutäuschen." —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Schulknabe Gustav Gösche zu Neustadt, geb. 1886, prügelte sich am 3. Juli d. J. auf der Straße mit dem Schüler Rudolf Brauns und stach ihn dabei mit einem Messer in die Schulter. Gösche wurde wegen gefährlicher Körperverletzung mit 10 Mark Geldstrafe belegt. —

Der Schlosserlehrling Louis Lamprecht zu Fermersleben, geboren 1883, der Dreherlehrling Wilhelm Springer zu Buckau, geboren 1884, und der Schlosserlehrling Richard Müller zu Sudenburg, geboren 1883, besuchten abends die hiesige Fortbildungsschule für Handwerker. Im Mai d. J. kam es öfter nach dem Unterricht zwischen den Sudenburgern und Buckauern, die sich gegenseitig befehdeten, auf der Straße zu einer Schlägerei, wobei Schemelbeine, Messer und Knüppel gebraucht wurden. Die Angeklagten sollen sich daran beteiligt haben. Auf Grund des Beweisergebnisses erhielten wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen Lamprecht 3 Monate Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe, Springer 30 Mark Geldstrafe, Müller wurde freigesprochen. —

Der Schulknabe Hermann Bräsicke zu Gräben, geboren 1887, half am 18. April d. J. beim Kartoffelpflanzen und zündete mit Streichhölzern auf Zureden eines Mannes Grashalme in der Absicht an, daß die wilden Schweine durch den Brandgeruch abgehalten würden, die frisch gelegten Kartoffeln zu holen. Durch den herrschenden Wind sprang das Feuer auf die nahe Waldung über und vernichtete vier Morgen Schonung, wodurch ein Schaden von 75 bis 100 Mark entstand. Der Angeklagte wurde von der Anklage der fahrlässigen Brandstiftung mangels der erforderlichen Einsicht freigesprochen und seiner Familie überwiesen. —

Die Witwe Henriette Kröckel zu Marienborn, geboren 1862, wurde am 9. März d. J. vom Schöffengerichte in Erxleben wegen Körperverletzung zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Als sie die Zahlungsaufforderung erhielt, schaffte sie ihr Schwein weg und verkaufte es später, damit es nicht gepfändet werden sollte. Der Gerichtshof erkannte wegen strafbaren Eigennutzes auf eine Woche Gefängnis.

Der vorbestrafte Handelsmann August Bartsch zu Neuhaldensleben, geboren 1835, wurde wegen Hausfriedensbruchs mit 10 Mark Geldstrafe belegt. —

Die Aufwärterin Margarete Kuhne hier, geboren 1878, stahl ihrer Dienstherrin am 2. August d. J. aus der Wohnung ein Paar goldene Ohrringe und ließ sich dann nicht wieder sehen. Da wiederholter Rückfall vorliegt, lautete das Urteil auf 9 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. —

Der Arbeiter Michael Grünicz zu Heyrothsberge, geboren 1870, stahl in der Nacht zum 1. August d. J. einem Mitarbeiter aus einem ledernen Brustbeutel, den er aufschnitt, die ersparten 90 Mark und wurde wegen schweren Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Die Strafkammer des Landgerichts Straßburg i. E. verurteilte den Ackerer Leo Meyer aus Düttlenheim wegen **Majestätsbeleidigung** unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Verurteilte war bei der diesjährigen Feier von Kaisers Geburtstag mit einem Zechgenossen in Streit geraten, in dessen Verlauf der stark betrunkene Mann auch der Person des Kaisers Erwähnung that. Diese seine Aeußerungen wurden von anwesenden Ohrenzeugen zur Anzeige gebracht, worauf die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren einleitete. Meyer hatte sich daraufhin zunächst der Verfolgung durch die Flucht entzogen, stellte sich aber Ende Juli d. Js. freiwillig den Behörden. — Der Arbeiter Vincent Grabaveryk aus Gnesen wurde am 18. d. Mts. von der Strafkammer zu Gnesen wegen **Majestätsbeleidigung** mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. — In Görlitz wurde wegen **Majestätsbeleidigung** die 45 Jahre alte Eisenbahnarbeiterfrau Marie Dorn aus Ruhland zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Anfang Juni d. Js., eines Abends, züchtigte die Angeklagte ihren Sohn, weil dieser nicht den Befehlen der Mutter gehorchen wollte. Als die Mutter nun nochmals ihren schreienden Jungen schlug, suchte der Grubenarbeiter Handrack sie von ihrem Vorhaben abzubringen, indem er ihr sagte: „Hauen Sie doch den Jungen nicht so, der Kaiser braucht Soldaten!" Hierauf hat die Dorn mit Worten erwidert, die eine Majestätsbeleidigung involvieren. —

Unschuldig fünf Monate in Untersuchungshaft. Im Frühjahr dieses Jahres hatten die Ziegelarbeiter von Ueckermünde und Umgegend einen heftigen Lohnkampf zu bestehen, der nach wochenlanger Dauer infolge der Erschöpfung der Kasse ungünstig für die Arbeiter verlief. Der Leiter des Streiks, W. Mülling, befand sich eines Tages mit seinem Schwager auf dem Heimwege, als er von zwei „Arbeitswilligen" angerempelt wurde. Mülling und sein Schwager ließen sich mit den beiden in keinen Handel ein und setzten ihren Weg ruhig fort, wurden aber trotzdem von diesen weiter verfolgt. Zu ihrer Abschreckung schoß der Schwager seinen Revolver in die Luft ab. Jetzt stürzten sich die beiden Arbeitswilligen wütend auf Mülling und seinen Schwager, wobei Mülling, ein ruhiger, friedfertiger Mann, zu Boden stürzte. Sein Schwager ergriff einen in der Nähe liegenden Bootshaken und durch ein paar Schläge mit diesem befreite er Mülling von dem einen Angreifer, während der andere durch herzueilende Leute vertrieben wurde. Am anderen Tage wurden Mülling und sein Schwager in Untersuchungshaft genommen. Mülling wurde, nachdem die Beschwerde bis vor das Oberlandesgericht gegangen war, nach 19 Tagen freigelassen; der Schwager aber blieb bis zum Tage der Verhandlung vor dem Landgericht Stettin, bis zum 4. September, das sind fast fünf Monate, in Untersuchungshaft. In der Verhandlung bekundeten die Zeugen ohne Ausnahme den geschilderten Thatbestand, so daß sich selbst der Staatsanwalt veranlaßt sah, zu erklären, hier liege ein bedauerliches Versehen vor, er beantrage Freisprechung und sofortige Haftentlassung, denn die Angeklagten hätten zu Unrecht auf der Anklagebank Platz nehmen müssen, eigentlich gehörten die beiden Zeugen auf dieselbe. Die beiden Angreifer waren nämlich noch als Belastungszeugen geladen, natürlich — aber nicht erschienen; trotz öffentlicher Ladung und Bekanntmachung war ihr Aufenthalt nicht zu ermitteln gewesen. Beide hatten Ueckermünde nach ihrer That schleunigst den Rücken gekehrt; das konnten sie auch, denn ein Haftbefehl war gegen sie nicht erlassen worden. Der Verteidigung blieb bei der Sachlage nichts weiter übrig, als den Antrag zu stellen, daß auch die Verteidigungskosten auf die Staatskasse übernommen werden müßten, da ja eine Entschädigung für unschuldig Inhaftierte nicht bestände. Das Gericht schloß sich diesem Antrage an. —

Gemeinde-Zeitung.

Der Unterricht schwachbegabter Kinder.

Auf dem brandenburgischen Städtetage, der am 18. und 19. d. M. in Potsdam tagte, hielt Stadtrat Dr. Neufert aus Charlottenburg einen Vortrag über die Fortschritte der Schulen für schwachbegate Kinder.

Ein großes Hemmnis für die Volksschulen seien die schwachsinnigen oder schwachbegabten Kinder. Diese, die mit den normal veranlagten Kindern nicht Schritt halten können und daher das Ziel der Schule beeinträchtigen, müssen in eigens für schwachsinnige aber noch bildungsfähige Kinder eingerichteten Hilfsschulen unterrichtet werden. In allen größeren Städten von über 25 000 Einwohnern seien mehrstufige Hilfsschulen einzurichten, in welchen die schwachsinnigen Kinder eine ihrem geistigen und körperlichem Zustande angemessene Unterweisung empfangen, Die Hilfsschulen müssen selbständige öffentliche Anstalten sein; eine auch nur räumliche Verbindung mit einer Volksschule oder mit einer Idioten- bezw. Irrenanstalt sei zu vermeiden. Alle Kinder, welche wegen mangelnder Begabung in zwei Jahren das Klassenziel der untersten Volksschulkasse nicht erreichen, seien einer Untersuchung behufs Aufnahme in die Hilfsschule zu unterwerfen. Es seien gesetzliche Bestimmungen nötig, welche die Ueberweisung schwachsinniger Kinder in die Hilfsschule auch gegen den Willen der Eltern ermöglichen. Es sei wünschenswert, daß schwachsinnige Kinder 1 oder 2 Jahre über das schulpflichtige Alter hinaus in der Hilfsschule bleiben. Für die aus der Schule entlassenen seien Fortbildungskurse einzurichten. Bei der Aufnahme in die Hilfsschule sowie bei der Entlassung aus derselben sei ein psychiatrisch gebildeter Arzt zuzuziehen. Dieser solle auch sonst dem Leiter der Hilfsschule als Berater zur Seite stehen und den Gesundheitszustand jedes Kindes alljährlich mehrmals prüfen. Die Klassenfrequenz dürfe in einstufigen Hilfsschulen nicht über 12, bei drei- und mehrstufigen nicht über 20, bezw. 25 hinausgehen. Eine Trennung der Kinder nach Geschlecht und Konfession sei nicht erforderlich. Pädagogische Vorbereitungskurse für Lehrer an Hilfsschulen seien ein dringendes Bedürfnis.

Mehrere Redner äußerten sich in zustimmendem Sinne.

Der Berichterstatter hatte mehrere seinen Ausführungen entsprechende Leitsätze aufgestellt, diese gelangten schließlich mit der Maßgabe zur Annahme, daß der Städtetag empfiehlt: In allen Städten, wo es ausführbar, sind mehrstufige Hilfsschulen einzurichten, in welchen schwachsinnige Kinder eine ihrem geistigen und körperlichen Zustande angemessene Unterweisung empfangen. —

Vermischte Nachrichten.

Arbeiter ertrunken. Der Arbeiter Seidewitz aus Kleckewitz, welcher in den Raguhner Mühlenwerken von Naumann u. Ko. arbeitete, fiel beim Ausschütten eines beladenen Karrens in die hochgehende Mulde und ertrank. —

Eine bis dato nur bei Tieren bemerkte Krankheit hat ein Arzt auch bei Menschen festgestellt. Ein unserem Zwickauer Bruderblatt vorgelegener Krankenzettel, mit Dr. med. Vetter unterzeichnet, konstatiert bei einem Mädchen die Krankheit: „**Leidet an Maul- und Klauenseuche**". —

Die Eigentümer der Post. Aus einem Cirkular, durch das die Post Abonnenten gegen einen ermäßigten Betrag zu gewinnen sucht, entnehmen wir, daß die Post Eigentum einer Gesellschaft ist, bestehend aus folgenden Mitgliedern: Herzog von Ratibor, Fürst von Pleß, Fürst zu Stolberg-Wernigerode, Fürst von Hatzfeld-Trachenberg, Oberpräsident der Provinz Schlesien, Frhr. von Eckardsteinsche Erben, Frhr. von Falkenhausensche Erben, Frhr. Lucius von Ballhausen, königl. Staatsminister, Graf von Maltzan-Militsch, Legationsrat von Neumann, Konsul Stengel, Frhr. von Stumm-Halberg, Frhr. von Zedlitz-Neukirch, Präsident der Seehandlung. Die beiden zuletzt Genannten sind die eigentlichen Leiter der Post. —

Die elektrische Lokomotive in Japan. Eine amerikanische Firma hat kürzlich zwei elektrische Lokomotiven an die japanische Regierung geliefert, die zur Verwendung in Steinkohlenbergwerken bestimmt sind. —

Heiteres.

Unerhört. Erster Radler: „Wo ist denn hier das Wirtshaus?" Bauer: „In unserm Weiler giebt's keines!" Zweiter Radler: „Fritz, gieb 'mal die Landkarte her! Das Nest radieren wir 'raus! —

Bücherschau.

Soeben erschienen: **Die Geschäftspraxis der Apotheker und die Krankenkassen.** 60 Seiten. 8°. Von Dr. med. Landmann. Selbstverlag. Preis 50 Pfg. Bestellungen nehmen die Kolporteure entgegen. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Die **Metallarbeiter Buckaus** treffen sich am Sonntag, den 24. September, vorm. 8½ Uhr, im Thalia, Dorotheenstraße 14, zum Abmarsch nach Neustadt.

Der Kanarienzüchter-Verein **„Harmonie"** Magdeburg-Alte Neustadt (Vereinslokal: „Zur Krone", Moldenstr. 44) hält Sonntag, den 24. September, nachmittags 4 Uhr, seine erste General-Versammlung ab. Auch hat genannter Verein beschlossen, seine erste Ausstellung vom 30. Dezember d. Js. bis 3. Januar 1900 in den dekorierten Räumen des Vereinslokal „Zur Krone" mit Prämiierung zu veranstalten. —

Freitag, 22. September:

Männer-Turnverein „Frisch auf", Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund".
Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luisenpark".
Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.
Männer-Gesangverein „Vorwärts", Alte Neustadt. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Schuricht, Moldenstraße 26.
Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt, Breiteweg 31, Uebungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8½ Uhr.
Turnverein „Jahn", Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle", Schöningerstraße 28.
Turnverein „Vorwärts" Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichslust".
Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Roß.)
Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde im „Weißen Roß" (Inh. Hildebrand).
Niederndodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit". Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Gustav Hornemann.
Arbeiter-Turnverein Olvenstedt. Dienstags und Freitags Uebungsstunde bei A. Schinke.
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts", Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.
Athleten-Klub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Strumpf.
Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Friedrich Strumpf in Groß-Ottersleben.
Freie Turner Benneckenbeck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.
Freie Athletenschaft **Burg.** Dienstags und Freitags Uebungsstunde von 8 bis 10 Uhr im „Hofjäger".
Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger".

Sonnabend, 23. September:

Verband der Sattler und Tapezierer. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr, in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 28.

Briefkasten.

Kanarienzuchter-Verein. Die in Ihrem Berichte gestrichenen Zeilen gehören in den Anzeigenteil. —

Wasserstände.

\+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	W[illegible]
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	19. Sept.	—	20. Sept.	+ 1.15	—	
Trotha	„	+ 3.06	„	+ 2.72	0.34	
Alsleben	„	+ 3.03	„	+ 2.77	0.26	
Bernburg	„	+ 2.48	„	+ 2.26	0.22	
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.98	„	+ 1.90	0.08	
do. Unterpg.	„	+ 2.30	„	+ 2.24	0.06	
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	19. Sept.	+ 3.00	20. Sept.	+ 2.60	0.40	
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	18. Sept.	+ 0.24	19. Sept.	+ 0.16	0.08	
Laun	„	+ 0.65	„	+ 0.38	0.27	
Budweis	„	+ 1.16	„	+ 0.90	0.26	
Prag	„	+ 1.88	„	+ 1.72	0.16	
Elbe.						
Pardubitz	18. Sept.	+ 0.65	19. Sept.	+ 0.50	0.15	
Brandeis	„	+ 1.22	„	+ 0.90	0.32	
Melnik	„	+ 2.04	„	+ 1.72	0.32	
Leitmeritz	„	+ 1.74	„	+ 1.44	0.30	
Außig	19. „	+ 2.22	20. Sept.	+ 1.87	0.35	
Dresden	„	+ 0.98	„	+ 0.63	0.35	
Torgau	„	+ 3.76	„	+ 3.20	0.56	
Wittenberg	„	+ 4.16	„	+ 3.90	0.26	
Roßlau	„	+ 4.37	„	+ 4.27	0.10	
Barby	„	+ 4.40	„	+ 4.62	—	0.
Schönebeck	„	+ 3.99	„	+ 4.14	—	0.
Magdeburg	20. „	+ 3.88	21. „	+ 4.08	—	0.
Tangermünde	19. „	+ 3.84	20. „	+ 4.12	—	0.
Wittenberge	„	+ 2.79	„	+ 3.14	—	0.
Dömitz, Pegel	„	+ 1.26	„	+ 1.82	—	0.
Lauenburg	„	+ 1.20	„	+ 1.68	—	0.
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	18. Sept.	+ 2.08	19. Sept.	+ 2.02	0.06	—
do. Unterpegel	„	+ 1.32	„	+ 1.30	0.02	—
Oder.						
Kosel	18. Sept.	+ 2.52	19. Sept	+ 2.47	0.05	—
Brieg Oberpegel	„	+ 6.02	„	+ 5.64	0.38	—
do. Unterpegel	„	+ 4.98	„	+ 4.38	0.60	—
Breslau Oberpg.	„	+ 6.06	„	+ 5.84	0.22	—
do. Unterpegel	„	+ 3.16	„	+ 2.64	0.52	—
Frankfurt	16. „	+ 1.89	17. „	+ 2.58	—	0.6
Küstrin	„	+ 0.77	„	+ 2.01	—	1.2
Warthe.						
Posen	18. Sept.	+ 0.60	19. Sept.	+ 0.68	—	0.0
Küstrin	16. „	+ 0.02	18. „	+ 1.01	—	0.9
Weichsel.						
Thorn	15. Sept.	— 0.66	16. Sept.	— 0.92	0.26	—
Netze.						
Usch	15. Sept.	+ 0.37	16. Sept.	+ 0.37	—	—

Holzmachers Parquetbohne

Fabrikanten
Holzmacher & Patté
Magdeburg.

Schutz-Marke

Preisgekröntes Fabrikat zum Bohnen von Parquetböden, gestrichenen Fussböden u. Linoleum, sowie zum Aufpolieren von Möbeln etc. etc. 2485

Allseitig anerkannte Vorzüge:
Desinfizierende Wirkung, angenehmer Geruch, sparsamster Verbrauch.

Zu haben in Büchsen à **50** Pfg. und **1** Mark in den meisten besseren Kolonialwarenhandlungen.

Vor Nachahmungen wird gewarnt. Man achte genau auf die Schutzmarke.

Aeltestes und bestrenommiertes
Waren- u. Möbel-Kredit-Haus
liefert auf Teilzahlung
Waren jeder Art.
Sehr günstige Bedingungen.
Etabliert **1872.**

A. Friedländer Br. Weg 118 I. Etage

Von **Mark 1.00** pro Woche an.
Ausgeglichene Kunden sowie Angestellte und Beamten **ohne** Anzahlung.
Waren jeder Art auf Teilzahlung!
Lieferung ganzer Ausstattungen.
2450

Neuheit! **Neuheit!**

Ansichten von Magdeburg
und
Harz-Ansichten

Farbige Photographien. — **Preis 75 Pfg.** — Saubere Ausführung.
U. a. sind Ansichten vorrätig von Harzburg, Treseburg, Bad Grund, Ilsenburg, Wernigerode, Thale, vom Brocken, Bodethal, Hexentanzplatz, von der Roßtrappe u. s. w.

Buchhandlung Volksstimme.

Verlegte meine Werkstatt von Friedrichsplatz 1 nach
Mittagstraße 41
dicht am Breitenwege, hinter Hennigs Zuckerfabrik.
R. Göthling, Möbeltischlerei.
2584

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Butter! Butter!
feinste und feine Tischbutter
sowie gute Backbutter
empfiehlt
à Pfd. 130, 120, 110 und 100 Pf.
L. W. Lüder
Große Marktstr. u. Stephansbrücke-Ecke.
2606

Standesamt.

Magdeburg, 20. September.

Aufgebote: Fleischer Alexander Hübner mit Karoline Lampert hier. Postassistent Hermann Karl Wilhelm Otterburg hier mit Anna Helene Uhlemann in Stendal. Schlosser Friedrich Wilhelm Otto Grube hier mit Helene Frieda Franziska Bittkau in Stendal. Arb. Friedr. Albert Hermann Lauterbach hier mit Bertha Emma Lehrmann in Dodendorf. Kaufmann Paul Goßlau in Lugau mit Anna Schoof in Langenweddingen. Arb. Andreas Hermann Hesse in Waltermienburg mit Luise Michels in Kl.-Lübs. Postassistent Willy Franz Egon Brehmer in Salbke mit Emma Selma Gantau in Aschersleben. Landbriefträger Friedrich Brammsdorf in Gießenslage mit Marie Scherf in Arneburg. Schlosser Friedrich Hermann Zäßler in Sudenburg mit Emilie Minna Zäßler in Holzweißig. Schriftsetzer Karl Wilh. Deicke mit Maria Wilhelmine Brauer in Weißenfels. Telegr.-Arb. Karl Gustav Adolf Koch hier mit Marie Johanne Anna Ludolph in Hannover. Eisenb.-Hilfsbremser August Bernh. Repolsky hier mit Klara Mäglich in Dessau. Arb. Andreas Karl Richter hier mit Minna Luise Richter in Bernburg. Vizefeldwebel Heinrich Ernst Baumann in Rastatt mit Anna Maria Ida Wappler hier. Dekorateur Wilhelm Diekmann mit Therese Knabe hier. Schuhmacher Wilhelm Schenke hier mit Emma Kappe in Hohenwarthe. Kutscher Albert Steffen mit Meta Busse hier. Buffetier Friedrich Feuerstack mit Friederike Neumann hier. Maler Alb. Heinrich Wilhelm Kinner in Neustadt mit Anna Elisabeth Kickwald in Schackensleben. Kaufmann Eduard Wilhelm Adolf Krüger mit Anna Exner in Köthen.

Eheschließungen: Zimmermeister Otto Brose in Allenstein mit Elsbeth Jänicke hier. Bäckermeister Bruno Hennig hier mit Emma Waldhelm in Seehausen. Kaufmann Max Hack in Raguhn mit Hedwig Dietlein hier.

Geburten: Erwin, S. des Geschäftsreisenden Max Däneke. Franz, S. des Handlungsreisenden Franz Bilke. Herm., S. des Comptoirboten Karl Petersdorf. Hellmuth, S. des Arbeiters Josef Sobczak. Erich, S. des Maurers Karl Glaser. Gustav, S. des Friseurs Paul Wöldner. Paul, S. des Schriftsetzers Kurt Richter. Martha, T. des Schneidermeisters Otto Krebs.

Todesfälle: Luise geb. Frölich, Wwe. des Schmiedemeisters Gottlieb Müller, 75 J. 7 M. 2 T. Gertrud, T. des Müllers August Röscher, 1 J. 7 M. 4 T. Willy, S. des Courierboten Wilhelm Grommeck, 1 J. 1 M. 17 T. Marie, geb. Gorges, Witwe des Fischermeisters Gustav Moewes, 82 J. 8 M. 18 T. Gerhard, S. des Prokuristen Herm. Held, 21 T. Gustav Ulrich, Eisendreher, 19 J. 6 M. 2 T. Willy, S. des Schmieds Karl Heinrich, 4 J. 12 T. Martha, T. des Schneidermeisters Otto Krebs, 13 St. Hedwig Lüdemann, unv., 18 J. 10 M. 20 T. Ida, unch., 3 M. 18 T.

Sudenburg, 20. September.

Aufgebot: Arbeiter Andr. Hermann Wegener mit Dora Luise Anna Schmidt.

Geburten: Karl, S. des Arbeiters Cyriakus Orzechel. Elli, T. des Eisendreh. Gustav Zander. Gertrud, T. des herrschaftl. Kutschers Heinrich Weber. Max, S. des Technikers Hermann Hensel. Ella T. des Arbeiters Friedrich Koslowski.

Todesfälle: Charlotte, T. des Arb. Friedrich Gölner, 1 J. 8 M. 28 T. Ida Helene, T. des Arbeiters Ludwig Richter, 2 M. 28 T.

Buckau, 20. September.

Aufgebot: Lokomotivheizer Friedrich Karl Böttcher hier mit Mathilde Winterer in Magdeburg.

Geburten: Elise, T. des Arbeiters Leopold Dobronz. Helene Klara Marie, unehelich. Gertrud, T. des Lehrers Alb. Spangenberg.

Totgeburt: Ein S., unehelich.

Neustadt, 20. September.

Aufgebote: Fabrikschlosser Theodor Wilh. Gustav Werner mit Luise Anna Bertha Kuntze. Fabrikarbeiter Friedrich Albert Rensch mit Luise Wilhelmine Auguste Lehmann. Masseur und Badeanstaltsbesitzer Joh. Jansen mit Elise Helene Katharine Völker.

Eheschließungen: Zimmermann Hermann Schmidt mit Minna Schulze. Stellmacher Friedrich Hofmann mit Witwe Winkel, Emma geb. Bischof.

Geburten: Elisabeth, T. des Arb. Karl Lesnik. Erna, T. des Arb. Franz Przadka. Anna, T. des Sattlers und Tapez. Max Marquardt. Max, S. des Tischlers Herm. Oltersdorf. Willy, S. des Arbeiters Karl Wittrien. Alfons, S. des Schmieds Theodor Münzer. Hans, S. des Mühlenbauers Oskar Heinze. Franz August Paul, unehelich. Fritz, S. des Arbeiters Friedrich Blume.

Todesfälle: Otto, S. des prakt. Arztes Dr. med. Otto Hager, 2 M. 3 T. Frieda, T. des Arb. Friedrich Fauter, 6 M. 28 T. Helene, T. des Arb. Friedr. Eichel, 7 J. 1 M. Erna, T. des Lackierermeisters Heinrich Brügmann, 3 M. 11 T. Witwe Klinkau, Auguste geb. Hoffmann, 75 J. 4 M. 19 T. Olga, T. des Baumeisters Wilhelm Dankert, 2 J. 3 M. 23 T.

Sehenswürdigkeiten.

Städtisches Museum (Domplatz): **Unentgeltlich** geöffnet an Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr.

Panorama Magdeburg. Kaiser Wilhelmplatz.

Stadt-Bibliothek. An den Wochentagen geöffnet von 10—2 Uhr.

Ständige Ausstellung des Kunstvereins im städt. Museum: Geöffnet am Sonntag von 11—2 Uhr, an den Wochentagen von 10—6 Uhr.

Grusonsche Gewächshäuser im Friedrich Wilhelms-Garten: Täglich geöffnet von 8—12 und 2—7 Uhr: Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. **Unentgeltlich geöffnet:** Mittwoch von 8—11 und 1—3 Uhr, ebenfalls jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntage von 2—7 Uhr nachmittag. Eintritt 10 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet von 9 bis 10 Uhr; zu anderen Zeiten Meldung beim 1. Domkustos im südwestlichen Domkreuzgang.